

Christoph Buchheim, der vor kurzem verstorbene bedeutende Wirtschaftshistoriker, gibt Antworten – präzise, souverän, auf der Grundlage neuer Quellen und auf der Höhe der Forschung. Seine Frage lautet: Wie gut oder wie schlecht ging es den Deutschen im Zweiten Weltkrieg? Buchheim, in den 1980er Jahren Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, bezieht sich damit auf eine aktuelle Forschungsdebatte, die nun als entschieden gelten kann. Der Lebensstandard der Deutschen, so Buchheim mit differenziertem Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Schichten und Phasen des Krieges, war schon bei Kriegsbeginn relativ dürrig und verschlechterte sich ab 1942/43 kontinuierlich, ehe er 1945 einen Tiefpunkt erreichte. Von „Wohlleben“ könne allenfalls bei einer kleinen Oberschicht aus Staat, Partei und Wirtschaft die Rede sein, die es sich selbst in der Katastrophe noch gut gehen ließ.

Christoph Buchheim

## Der Mythos vom „Wohlleben“

Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrieb der bedeutende ungarisch-britische Ökonom Nicholas Kaldor in einem Zeitschriftenaufsatz: „Deutschland kämpfte keinen ‚totalen Krieg‘. [...] Welche Mitleidlosigkeit auch immer Deutschland gegenüber seinen besiegten Feinden gezeigt haben mag, es gibt keinen Beleg dafür, dass es seiner eigenen Bevölkerung um des Sieges willen mitleidlos Opfer auferlegt hat.“<sup>1</sup> Dies war gewissermaßen die Quintessenz, die Kaldor aus seiner Mitarbeit am United States Strategic Bombing Survey (USSBS) gezogen hat, jener im Auftrag der Amerikaner durchgeführten umfangreichen Analyse der deutschen Kriegswirtschaft, die hauptsächlich das Ziel verfolgte, die ökonomischen Wirkungen des Luftkriegs zu bestimmen<sup>2</sup>. Als Erklärung für die These, dass die deutsche Volkswirtschaft gar nicht voll für den Krieg mobilisiert worden sei, verwies Kaldor auf Hitlers Überzeugung, dass Deutschlands Hoffnung auf Sieg weniger in überlegener Stärke als in überlegener Geschwindigkeit begründet sei. Daher sei eine Serie von Blitzkriegen geplant gewesen, für die die größtmögliche Zahl an modern ausgerüsteten Divisionen bereitgestellt werden sollte, jedoch eine maximale Entwicklung des Potentials für die Produktion sämtlicher rüstungswichtigen Vorleistungsgüter unnötig war<sup>3</sup>. Dem Konzept des Blitzkriegs entsprach demnach das Konzept der „Blitzkriegswirtschaft“<sup>4</sup>. Die klassisch zu

<sup>1</sup> Nicholas Kaldor, The German War Economy, in: Review of Economic Studies 13 (1945/46), S. 33.

<sup>2</sup> Zu vergleichbaren Folgerungen wie Kaldor gelangte auch Burton H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge/MA. 1959, der ebenfalls am Bombing Survey beteiligt war.

<sup>3</sup> Vgl. Kaldor, German War Economy, S. 47–52.

<sup>4</sup> Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966, S. 16.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nennenden Arbeiten hierzu stammen von Alan S. Milward<sup>5</sup>, der allerdings konzedierte, es habe Anfang 1942 eine Änderung der kriegswirtschaftlichen Strategie in Richtung Vollmobilisierung der Wirtschaft gegeben, nachdem der deutsche Vormarsch in Russland stecken geblieben sei und die USA in den Krieg eingetreten waren. Diese Änderung habe zu einer Vervielfachung der Rüstungsproduktion beigetragen<sup>6</sup>, eben zum häufig so bezeichneten „Rüstungswunder“. Im hier interessierenden Zusammenhang ist aber vor allem wichtig, dass auch nach Milward „die Belastung des deutschen Volkes durch den Krieg in diesen Jahren [des Blitzkriegs] sehr geringfügig war“<sup>7</sup>.

Inzwischen können die These der Blitzkriegsstrategie und diejenige der Blitzkriegswirtschaft als weitgehend widerlegt gelten<sup>8</sup>. So wies, was das in der vorliegenden Analyse im Mittelpunkt stehende Problem des Lebensstandards der deutschen Zivilbevölkerung betrifft, Richard Overy völlig zu Recht darauf hin, dass dieser bereits in der Vorkriegszeit durch das NS-Regime im Interesse der Aufrüstung bewusst niedrig gehalten worden war<sup>9</sup>. Er machte aber auch deutlich, dass nach Kriegsbeginn Hitler persönlich die weitere energische Umstellung der Wirtschaft auf militärische Belange gefordert hat. Dementsprechend stellte Overy fest: „Die deutsche Politik bestand nicht darin, einen hohen Lebensstandard oder die Verhältnisse der Friedenszeit aufrecht zu erhalten, sondern in der Bewahrung des *Existenzminimums*, unter das der Lebensstandard nicht sinken dürfen sollte. Unter allen Umständen mußten Erscheinungen wie der ‚Steckrübenwinter‘ des Ersten Weltkrieges vermieden werden. Hitlers wahre Priorität war gleichmäßige Verteilung, nicht hoher Konsum.“<sup>10</sup>

Angesichts der plausiblen, statistisch abgesicherten Forschungsergebnisse von Overy ist es überraschend, dass Hans-Ulrich Wehler kürzlich erneut und sogar zugespitzt von der „geradezu vorzüglichen“ Versorgung der Reichsbevölkerung bis zum Herbst 1944 sprach, was er primär jedoch nicht auf eine nur eingeschränkte Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für den Krieg, sondern auf Zwangslieferungen von Nahrungsmitteln aus den von Deutschland besetzten Gebieten zurückführte<sup>11</sup>. Noch weiter als Wehler ging im Jahr 2005 Götz Aly. Auf dem Umschlag seines Werkes „Hitlers Volksstaat“ heißt es: „Den Deutschen ging

<sup>5</sup> Vgl. auch ders., *Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945*, München 1977, insbesondere S. 46–51.

<sup>6</sup> Vgl. Milward, *Deutsche Kriegswirtschaft*, S. 63 f., S. 72 u. S. 91.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>8</sup> Vgl. Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940*, München 1995; Richard J. Overy, „Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: *VfZ* 36 (1988), S. 379–435; vgl. neuerdings auch Adam J. Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 387–442.

<sup>9</sup> Vgl. Overy, *Blitzkriegswirtschaft*, S. 384 f.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 401.

<sup>11</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 706.

es im Zweiten Weltkrieg besser als je zuvor.“<sup>12</sup> Und im Buch selbst schrieb Aly: „Das materiell üppige Sein, der indirekte, nicht persönlich verantwortete, doch gern genommene Vorteil aus den Großverbrechen bestimmte das Bewusstsein der meisten Deutschen von der Fürsorglichkeit ihres Regimes. Umgekehrt bezog die Politik der Vernichtung daraus ihre Energie: Sie orientierte sich am Volkswohl.“<sup>13</sup> Die hier anklingende These, wonach die nationalsozialistischen „Großverbrechen“ nicht zuletzt aus der Ausrichtung des Regimes am „Volkswohl“ resultierten, wird an anderer Stelle in ähnlicher Weise nochmals aufgegriffen. Hiernach hatten Juden und Ausländer, und zwar vor allem soweit sie in den von Deutschland besetzten Gebieten lebten, rund 70 Prozent der laufenden Kriegskosten aufzubringen, wodurch „sich die Masse der Deutschen bis weit in die zweite Kriegshälfte hinein bei Laune halten“ ließ. „Die verbrecherische Kehrseite ihres [...] kriegssozialistisch versüßten Wohllebens verdrängten sie [die Deutschen] dauerhaft.“<sup>14</sup>

Zwar ist es richtig, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg, wie Wehler und Aly schreiben, die unterworfenen Länder in großem Stil für seine Kriegswirtschaft ausnutzte und dadurch auch die Versorgung der Zivilbevölkerung begünstigt wurde. Definitiv falsch ist jedoch, dass durch diese Ausbeutung 70 Prozent der Kriegskosten bestritten werden konnten; denn dabei lässt Aly die enorme zusätzliche Verschuldung, die das Reich während des Krieges aufhäufte, außer Acht, deren materieller Gegenwert sofort und im Wortsinne verpulvert worden ist. Infolgedessen sank aber der reale Konsum der Zivilbevölkerung weit unter das Vorkriegsniveau<sup>15</sup>. Und was die „Fürsorglichkeit“ des Regimes im Krieg betrifft, beschränkte sie sich für den größten Teil der Bevölkerung, wie schon Overy meinte und im vorliegenden Aufsatz detailliert gezeigt wird, auf die Gewährleistung des Nötigsten, es ging nicht um die Ermöglichung von „Wohlleben“.

Allerdings ist es dennoch korrekt, dass die meisten Deutschen im Krieg „über mehr Geld als in den letzten Friedensjahren“ verfügt haben<sup>16</sup>. Die durchschnittlichen nominalen Wochenlöhne von Arbeitern erhöhten sich zwischen 1938 und 1944 um rund 14 Prozent<sup>17</sup>. Dies taugt jedoch nicht als Gegenargument zu der Aussage, dass der zivile Konsum im allgemeinen massiv begrenzt worden ist. Denn auch die Lebenshaltungskosten stiegen an, und zwar sogar gemäß dem offiziellen Index, in dem die Einkäufe zu überhöhten Preisen auf inoffiziellen Märkten gar nicht berücksichtigt worden sind, um 13 Prozent<sup>18</sup>. Noch viel wichtiger war je-

<sup>12</sup> Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 326.

<sup>15</sup> Vgl. Adam Tooze, *Einfach verkalkuliert*, in: taz vom 12. 3. 2005; [www.taz.de/pt/2005/03/12/a0289.nf/text.ges.1](http://www.taz.de/pt/2005/03/12/a0289.nf/text.ges.1) (29. 5. 2009); Christoph Buchheim, *Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime*, in: *Sozial.Geschichte* 20 (2005), H. 3, S. 75 f.

<sup>16</sup> Aly, *Volksstaat*, S. 327.

<sup>17</sup> Vgl. Christoph Buchheim, *Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland*, in: *VfZ* 56 (2008), S. 412.

<sup>18</sup> Vgl. ebenda.

doch, dass ein erheblicher Teil der verfügbaren Mittel von Privathaushalten gar nicht für Einkäufe verwendet werden konnte, weil es das entsprechende Angebot an Konsumgütern nicht gab. Dieser Teil der Einkommen musste also zwangsläufig gespart werden. Daher summierte sich der Einzahlungsüberschuss etwa auch bei den Sparkassen, d. h. bei den Kreditinstituten, wo breiteste Schichten der Bevölkerung ein Konto unterhielten<sup>19</sup>, zwischen 1939 und 1943 auf über 40 Mrd. RM, wohingegen er in den vier Jahren zwischen 1950 und 1954, als es den Menschen zweifellos viel besser ging, weniger als ein Fünftel dieser Summe in D-Mark betrug<sup>20</sup>. Die zunehmende Zwangsparsamkeit war natürlich der Gegenposten zu dem erwähnten enormen Anstieg der Reichsschulden. Als solche war sie Ausdruck eines gewaltigen Geldüberhangs (zurückgestaute Inflation), und sie wurde durch die Währungsreform von Mitte 1948 faktisch entschädigungslos enteignet.

Für eine Untersuchung des Lebensstandards der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg bedeutet das, dass eine Analyse der Lohn- und Einkommensentwicklung nur zu sehr eingeschränkten Ergebnissen führen kann. Erforderlich ist vielmehr eine Betrachtung der tatsächlich verfügbaren und konsumierten Warenmengen. Da aber der größte Teil aller zur Lebensführung notwendigen Bedarfsgüter rationiert war, läuft das auf eine detaillierte Untersuchung des Rationierungssystems hinaus. Das ist in der bisher vorliegenden Literatur noch nicht geleistet worden. Sogar in dem neueren Standardwerk zur Ernährungswirtschaft im Dritten Reich von Gustavo Corni und Horst Gies<sup>21</sup> gibt es keine vollständige Übersicht über die zeitliche Entwicklung der Lebensmittelzuweisungen an verschiedene Verbrauchergruppen während des Zweiten Weltkriegs. Hier wie in weiteren Publikationen finden sich lediglich Einzelangaben zu den Rationen von wichtigen Nahrungsgütern, meist für Normalverbraucher, und zu deren Kaloriengehalt<sup>22</sup>. Auffällig ist auch, dass sich die Autoren dabei häufig auf den Beitrag eines Alt-Parteigenossen und ehemaligen Staatssekretärs des Reichsernährungsministeriums in einem etwas obskuren Sammelband der Nachkriegszeit

<sup>19</sup> Ende 1937 gab es bei einer Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs von rund 68 Millionen allein bei den Sparkassen 26,5 Millionen Sparkonten; vgl. Curt Eisfeld, Sparkassen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Tübingen 1956, S. 670 f.

<sup>20</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt a. M. 1976, S. 102 f. u. S. 229.

<sup>21</sup> Vgl. Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 556–582; Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1999, S. 485–493; Werner Abelshausen, Germany. Guns, Butter and Economic Miracles, in: Mark Harrison (Hrsg.), The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison, Cambridge 1998, S. 155; Hans-Erich Volkmann, Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa 1939–45, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 35 (1984), S. 31 u. S. 67; Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. I, München 1999, S. 67–69 (Nachdruck der 3. Auflage von 1984); Lothar Burchardt, Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15 (1974), S. 75–82.

beziehen, und zwar ungeachtet von dessen apologetischer Tendenz<sup>23</sup>. Ebenfalls bezeichnend für den unbefriedigenden Stand der Forschung zur Ernährungslage der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg ist die Tatsache, dass Corni und Gies auf eine Lokalstudie von 1956 als einziger detaillierter Beschreibung der Nahrungsmittelverteilung in der Kriegs- und Nachkriegszeit verweisen<sup>24</sup>. In diesem Buch werden die Normalverbraucherrationen sämtlicher bewirtschafteter Nahrungsmittel für die Stadt Essen durchgehend nachgewiesen und darüber hinaus meist auch die Zuteilungen an Jugendliche und Kinder verschiedener Altersstufen berücksichtigt. Allerdings fehlen Daten zur Entwicklung der Zulagen für Personen in körperlich besonders anstrengenden Beschäftigungsverhältnissen unterschiedlichen Grades. Zudem gab es in Essen, wie an manchen anderen Orten, teilweise Rationssätze, die von den reichsweiten Zuteilungen abwichen<sup>25</sup>, was den Wert der entsprechenden Angaben für die Zwecke dieses Aufsatzes einschränkt. Hingegen kann die Darstellung der Prinzipien der Bewirtschaftung von Kleidung und sonstigen Gebrauchsartikeln in jenem Werk als wesentliche Basis für die Rekonstruktion der Versorgung der Zivilbevölkerung mit diesen Gütern während des Zweiten Weltkriegs genutzt werden.

Der Grund dafür, dass eine umfassende Untersuchung der allgemeinen Ernährungssituation in Deutschland zwischen 1939 und 1944/45 fehlt, dürfte in der problematischen Quellenlage zu finden sein. Zwar gibt es im Bundesarchiv zahlreiche Angaben zu den Rationssätzen in bestimmten Zuteilungsperioden, aber offenbar fehlen lückenlose Übersichten dazu für den Gesamtzeitraum<sup>26</sup>. An vergleichsweise aussagekräftigen Quellen aus der Nachkriegszeit existieren ferner ein Bericht, der im Rahmen des United States Strategic Bombing Survey angefertigt worden ist<sup>27</sup>, sowie eine Ausarbeitung im Auftrag des Landgerichts Köln, die im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte liegt<sup>28</sup>. Jedoch erlauben auch diese kei-

<sup>23</sup> Vgl. Hans-Joachim Riecke, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 329–346; zur Person von Riecke vgl. Bundesarchiv, Zentrale Datenbank Nachlässe (online). Auf die apologetische Natur von dessen Beitrag verweisen auch Corni/Gies, Brot, Butter, Kanonen, S. 552; Burchardt, Auswirkungen, S. 78 f., äußert sich ebenfalls partiell kritisch, benutzt aber an anderen Stellen dennoch, wie, außer Eichholtz, die weiteren in der vorigen Anmerkung genannten Autoren, Aussagen von Rieckes Beitrag unhinterfragt.

<sup>24</sup> Vgl. Corni/Gies, Brot, Butter, Kanonen, S. 555, Anm. 813; bei jener Studie handelt es sich um Hubert Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950. Dargestellt an dem Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956. Hubert Schmitz war Leiter des städtischen Ernährungsamts in Essen.

<sup>25</sup> Etwa weil Essen zu den luftgefährdeten Gebieten des Reichs zählte; siehe Schmitz, Bewirtschaftung, S. 147–151.

<sup>26</sup> Bundesarchiv (künftig: BA), R 43 II/613, Bl. 105 f., Bl. 111 u. Bl. 242; ebenda, R 43 II/614, Bl. 137 u. Bl. 145 f.; ebenda R 2501/6800, Bl. 553; siehe auch ebenda, R 3601 (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft), Online-Findbuch.

<sup>27</sup> National Archives and Records Administration (künftig: NARA), RG 243, Entry 6, European Survey, Published Reports, Box No. 12, 134: USSBS, Food and Agriculture, Special Paper No. 4.

<sup>28</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), Fe 02, Alfons Zschockelt, Vorschriften über Lebensmittelzuteilungen für Arbeitskräfte in Deutschland ab 22. 4. 1941 bzw. 12. 1. 1942 bis Kriegsende (Ausarbeitung vom 15. 10. 1969).

ne ausführliche Untersuchung der Ernährungslage etwa von Arbeiterhaushalten in der Kriegszeit.

Insofern ist es ein Glücksfall, dass kürzlich ein sehr umfangreiches Manuskript „Materialien zur Kriegsernährungswirtschaft 1939–1945“<sup>29</sup> von Dr. Kurt Häfner<sup>30</sup>, der zwischen 1934 und 1945 in der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle Berlin tätig war, aufgetaucht ist. Darin finden sich vollständige Zeitreihen der Zuteilungen an rationierten Nahrungsmitteln für Selbstversorger und Nicht-Selbstversorger; letztere unterteilt nach Beschäftigten- und Altersgruppen. Diese stimmen mit den vereinzelt Angaben zu Rationen, die in den im Bundesarchiv aufbewahrten Archivquellen auftauchen, weitgehend überein und sind damit als zuverlässig einzuschätzen. Daneben gibt es in dem Manuskript eine umfassende Darstellung von Erntemengen, Nahrungsmittelimporten und Versorgungsbilanzen sowie Berechnungen des Nährwertvolumens der Lebensmittelzuteilungen für unterschiedliche Kategorien von Verbrauchern.

Im Folgenden kann also, nach einem kurzen Überblick über die organisatorische Durchführung der Rationierung, der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg erstmals umfassend dargestellt werden, und zwar unterteilt nach der Ernährungssituation verschiedener Bevölkerungsgruppen und der Versorgung mit sonstigen Bedarfsgütern.

### Rationierung von Verbrauchsgütern

Bereits am 27. August 1939 wurden drei Dekrete erlassen, aufgrund derer wichtige Konsumgüter rationiert wurden<sup>31</sup>. Eines dieser Dekrete war die Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung<sup>32</sup>, die die administrativen Bewirtschaftungsvoraussetzungen schuf. Hierfür sind bei den obersten Landes- bzw. Provinzialbehörden Bezirkswirtschafts- und Landes-(Provinzial-)Ernährungsämter errichtet worden, denen auf Kreisebene ebenfalls neue Wirtschaftsämter und Ernährungsämter zugeordnet waren. Gleichzeitig machte die Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes verschiedene Güter bezugscheinpflichtig<sup>33</sup>, d. h., für deren Erwerb war neben Geld nun auch eine entsprechende, behördlich ausgestellte Berechtigung erforderlich. Das galt, beginnend mit dem 28. August 1939, also noch vor Kriegsbeginn, für Fleisch, Fett, Zucker und Marmelade, Seife, Kohle, Textilien und Schuhe<sup>34</sup>. Die dritte am 27. August erlassene Verordnung betraf „die öffentliche Bewirtschaftung von land-

<sup>29</sup> Für die Verfügbarmachung dieser Ausarbeitung danke ich Dr. Uwe Spiekermann, Deutsches Historisches Institut Washington und Universität Göttingen. Da die Studie nicht durchgehend paginiert ist, werden bei Belegen daraus im Folgenden jeweils die Gliederungspunkte genannt.

<sup>30</sup> Vgl. zur Person: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, online.

<sup>31</sup> Siehe für den ganzen Absatz auch Corni/Gies, Brot, Butter, Kanonen, S. 413–416.

<sup>32</sup> Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1939 I, S. 1495–1498.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 1498–1501.

<sup>34</sup> Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 41 f. u. S. 503.

wirtschaftlichen Erzeugnissen<sup>35</sup>. Darin wurde den Ernährungsämtern neben ihrer Zuständigkeit für die Lebensmittelrationierung als weitere Aufgabe die Sicherung der Erzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben und der rechtzeitigen Ablieferung der produzierten Agrargüter übertragen. Zu diesem Zweck wurden sämtliche bewirtschafteten landwirtschaftlichen Produkte, sobald sie gewonnen waren, zugunsten des Deutschen Reichs für beschlagnahmt erklärt, wodurch über sie nur noch nach Anordnung der Ernährungsverwaltung verfügt werden durfte. Von dieser Bestimmung waren in Höhe genereller Vorgaben lediglich Saatgut und die für die Eigenversorgung der bäuerlichen Haushalte sowie für die Viehfütterung erforderlichen Mengen landwirtschaftlicher Produkte ausgenommen.

Während in der ersten Zuteilungsperiode die festgesetzten Nahrungsmittelrationen für fast alle Kartenempfänger gleich hoch waren und lediglich Schwerstarbeiter Fett- und Fleischzulagen erhielten, wurde ab dem zweiten Versorgungszeitraum, der am 25. September 1939 begann und wie alle bis Frühjahr 1945 folgenden Versorgungsperioden vier Wochen umfasste, ein stark differenziertes Rationierungssystem für Lebensmittel eingeführt. Seitdem waren die Zuteilungen nach Alter und Schwere der körperlichen Arbeit gestaffelt, und es wurden eine Vielzahl von auch farblich unterschiedlichen Karten für einzelne Nahrungsmittel und Gruppen von Rationsempfängern ausgegeben. Prinzipiell waren diese Karten in jedem Einzelhandelsgeschäft einlösbar. Dementsprechend gab es beispielsweise für verschiedene Altersgruppen jeweils eine Reichsbrot-, eine Reichsfleisch- und eine Reichsfettkarte sowie für diese drei Lebensmittel Zulagekarten mit unterschiedlich hohen Zusatzrationen für Schwerstarbeiter, Schwerarbeiter und, ab Ende November 1939, für Lang- und Nachtarbeiter. Außer den nur einzelne Zuteilungsperioden lang gültigen Karten für regelmäßig verteilte rationierte Nahrungsgüter wurden, teilweise erst im Verlauf des Krieges, Kunden- bzw. Bezugsausweise mit längerer Gültigkeit ausgegeben für den Kauf von Kartoffeln und Tabakwaren oder nur sporadisch verfügbaren Produkten wie Eiern, Fisch sowie, begrenzt auf einzelne Orte, Gemüse und Obst. Ferner wurden für Selbstversorger und Teilselbstversorger Spezialkarten verwendet, etwa Mahlkarten und Fettkarten nur für die Speisefettvarianten, in denen keine Selbstversorgung gegeben war. Teilweise gab es auch Weihnachtssonderkarten, und es existierten Reise- und Urlaubskarten sowie Zusatzlebensmittelkarten für Hochzeiten etc. Bei den Brot- und Nahrungsmittelrationen sind zudem die Anteile von Weizen- und Roggenbrot bzw. von Teigwaren und anderen Nahrungsmitteln wie Gries, Graupen und Haferflocken entsprechend regionaler Verbrauchsgewohnheiten differenziert festgelegt worden, sodass zum Beispiel die Konsumenten in Süddeutschland generell mehr Weizenbrot und Nudeln erhielten als in Nord- und Ostdeutschland<sup>36</sup>.

Von Kriegsbeginn an gab es auch die Rationierung von Seife, Waschpulver und Rasierseife, ab Oktober 1939 in Form einer Reichsseifenkarte. Wie schon erwähnt, wurden von Ende August 1939 an auch Schuhe und Textilien bewirtschaftet. Während für Schuhe auf Antrag Bezugsscheine ausgestellt werden konnten,

<sup>35</sup> RGBl. 1939 I, S. 1521–1526.

<sup>36</sup> Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 41–56, S. 93–113, S. 153–159, S. 212f. u. S. 311f.

führte die Wirtschaftsverwaltung im November 1939 für den regulären Bedarf an Kleidung, nach Alter und Geschlecht unterschiedene, Reichskleiderkarten ein. Sie bestanden aus einer bestimmten Anzahl von auf je einen Punkt lautenden Abschnitten, wobei für die einzelnen Kleidungsstücke verschieden hohe Punktwerte festgesetzt waren, die bei deren Kauf von der Karte abgetrennt wurden. In der zweiten Hälfte des Krieges sind schließlich schrittweise Möbel, Fahrräder, Herde und Öfen, Pfannen und Töpfe, Radiogeräte, Glühbirnen, Uhren und andere Gebrauchsgegenstände in die Bewirtschaftung einbezogen worden<sup>37</sup>. Dieses von Anfang an recht komplizierte System der Rationierung erstreckte sich also im Verlauf des Krieges auf mehr und mehr Produkte und differenzierte sich, infolge zunehmenden Mangels<sup>38</sup>, auch sonst immer weiter aus, um wenigstens den dringenden Bedarf noch befriedigen zu können.

### Die Lebensmittelrationen der Zivilbevölkerung im Deutschen Reich<sup>39</sup>

Tabelle 1 zeigt für Brot (bzw. Mehl), Fleisch und Wurst sowie Fett die Entwicklung der Rationen für Nicht-Selbstversorger im Verlauf des Krieges anhand von drei Verbrauchergruppen. In der ersten vierwöchigen Zuteilungsperiode waren sie, abgesehen von gewissen Zulagen für die nicht aufgeführten Schwerstarbeiter, bei allen gleich. Danach differierten sie relativ stark. Bei Kindern und Jugendlichen unterschied man je nach Produkt bis zu vier Alterskategorien, Erwachsene wurden nach ihrer Tätigkeit ebenfalls in vier Gruppen eingeteilt. Anträge auf Zulagen wegen besonders anstrengender körperlicher Arbeit oder erschwerenden Arbeitsbedingungen konnten nur von Betrieben gestellt werden und wurden nach strengen Richtlinien geprüft. Immerhin sind im Krieg an Zulagekarten für Einzelpfänger stets etwa 0,7 Millionen der Kategorie Schwerstarbeiter, zwischen 2,6 und 4,2 Millionen für Schwerarbeiter und 4,1 bis 5,7 Millionen für Lang- und Nachtarbeiter ausgegeben worden. Diese drei Arbeiterkategorien stellten 1942/43 knapp 14 Prozent aller Lebensmittelkartenempfänger, die sich voll über den Markt versorgen mussten. Normalverbraucher waren dagegen rund 55 Prozent, der Rest waren Kinder und Jugendliche<sup>40</sup>. Dabei muss allerdings unbedingt bedacht werden, dass die meisten Verbraucher nicht allein, sondern mit anderen gemeinsam in einem Haushalt lebten und sich die Gesamtversorgung der Haushalte also nach den Rationssätzen mehrerer miteinander kombinierter Lebensmittelkarten für unterschiedliche Verbrauchergruppen richtete.

Da das ebenfalls für gewerbliche Arbeiter mit Zulagekarten galt, ergibt sich bei Zugrundelegung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von Arbeiterfamilien aus

<sup>37</sup> Vgl. ebenda, S. 183–194, S. 199–202 u. S. 206–208.

<sup>38</sup> Vgl. Gabriele Wiggen-Jux, Die Versorgung der Kölner Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im Zweiten Weltkrieg, Diss., Köln 1998, S. 115 f.

<sup>39</sup> In den Grenzen vom August 1939.

<sup>40</sup> Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 286–288; Häfner, Materialien, Gliederungspunkte: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt“ und „Zulagen“; die angeführten Prozentsätze beziehen sich, genau genommen, auf Nicht-Selbstversorger bei Brot. Je nach Produkt variierten diese etwas.

der Statistik der Haushaltsrechnungen von 1937, die sich auf 4,4 Personen belief<sup>41</sup>, dass etwa 60 Prozent der zumeist städtischen, voll versorgungsberechtigten Haushalte solche Zulagen erhalten haben müssen. Das betraf also offenbar einen sehr großen Teil der Arbeiterbevölkerung, die insofern während des Krieges besser gestellt war als die häufig mehr verdienenden Angestellten- und Beamtenhaushalte – allerdings aufgrund körperlicher Arbeit auch einen größeren Kalorienbedarf hatte. Die jüdische Bevölkerung dagegen wurde, auch was die Zuteilung von rationierten Gütern betraf, von 1939 an offiziell diskriminiert, indem sie von Sonderzuteilungen ausgeschlossen blieb. Seit Oktober 1942 unterlag sie dann in dieser Hinsicht noch wesentlich größeren Einschränkungen, denn von nun an erhielten Juden keine Fleisch- und keine Kleiderkarten mehr, und ihre Kinder bekamen nur noch die Normalrationen auch von Nahrungsmitteln, bei denen für ihre Altersgruppen eigentlich erhöhte Bezüge vorgesehen waren<sup>42</sup>.

Tabelle 1: Rationen<sup>1</sup> für verschiedene Gruppen von Nicht-Selbstversorgern pro Woche (Gramm)

ab:	Brot <sup>2</sup>			Fleisch und Fleischwaren			Fett		
	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Kinder 6–10 J.	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Kinder 6–10 J.	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Kinder 6–10 J.
28.8.39	frei	frei	frei	700	700	700	340	340	340
25.9.39	2400	3800	1700	500	1000	500	270	393	205
3.10.39	2400	3800	1700	500	1000	500	269	394	206
20.11.39	2400	3800	1700	531 <sup>3</sup>	1031 <sup>3</sup>	531 <sup>3</sup>	269	394	259
11.3.40	2400	3800	1700	500	1000	500	269	394	259
29.7.40	2250	3650	1700	500	1000	500	269	394	259
26.8.40	2250	3650	1700	500	1000	500	269	394	266
2.6.41	2250	3650	1700	400	800	400	269	394	266
6.6.42	2000	3400	1700	300	600	350	206	306	266
19.10.42	2250	3650	1700	350 <sup>4</sup>	700 <sup>4</sup>	400 <sup>4</sup>	206	306	266
31.5.43	2325	3725	1775	250	600	300	219	319	281
20.9.43	2425	3825	2000	250	600	300	219	319	281
16.10.44	2225	3625	2000	250	600	300	219	319	281
5.2.45	1978	3222	1778	222	533	267	194	283	250
8.3.45	1755	3000	1667	222	533	267	167	256	222
9.4.45	1700	2800	2000	250	600	300	125	182	208

<sup>1</sup>) Teilweise gerundet

<sup>2</sup>) Auf eine gewisse Anzahl Brotabschnitte konnte wahlweise im Verhältnis 4:3 auch Mehl bezogen werden.

<sup>3</sup>) Inklusive 4 Sonderrationen im Zeitraum bis 10.3.40

<sup>4</sup>) Zusätzlich eine Sonderration von 200 g zu Weihnachten 1942

Quelle: Kurt Häfner, Materialien zur Kriegsernährungswirtschaft 1939–1945. Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“ (ungedrucktes Manuskript).

<sup>41</sup>) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaftsrechnungen 1937 in Arbeiterhaushaltungen. Arbeitsunterlage, Wiesbaden o.J., S. 14.

<sup>42</sup>) Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 319f.

Nach einer gewissen Experimentierphase, die vor allem die Fett- (und Vollmilch-)Ration für Kinder verschiedener Altersgruppen betraf, wurden die Zuteilungen ab der zweiten Novemberhälfte 1941 bis zum Frühjahr 1942 weitgehend konstant gehalten. Das galt auch für andere in Tabelle 1 nicht erfasste, regelmäßig zugeteilte Nahrungsgüter, nämlich Nahrungsmittel, Zucker und Marmelade, Käse und Quark sowie – anstelle von Bohnenkaffee, den es von Ausnahmefällen abgesehen für die Zivilbevölkerung überhaupt nicht mehr zu kaufen gab – Kaffee-Ersatz. Bei der zuletzt genannten Gruppe von Produkten waren zudem die Rationen für alle Nicht-Selbstversorger gleich hoch, abgesehen von gewissen Zusatzmengen bei Nahrungsmitteln und Marmelade für Kinder. Vollmilch war ebenfalls bewirtschaftet; seit Ende August 1939 erhielten allerdings regulär nur noch Kinder bis 14 Jahre, je nach Alter in abnehmenden Mengen, sowie schwangere Frauen und stillende Mütter Vollmilch-Rationen, deren Höhe zwischen Ende September 1939 und Anfang April 1945 konstant gehalten wurde.

In den ersten zweieinhalb Kriegsjahren kam es für die meisten Gruppen von Konsumenten nur bei Brot und Fleisch zu je einer Rationskürzung. Bei Brot erfolgte diese schon Ende Juli 1940. Zum Ausgleich einer Aufstockung der wöchentlichen Brotration für Kinder und Jugendliche über 10 Jahre um 200 Gramm, die deren erhöhtes Nahrungsbedürfnis abdecken sollte, wurden nämlich die Zuteilungen für alle erwachsenen Konsumenten um 150 Gramm verringert, während für Kinder bis zu 10 Jahren die Brotration unverändert blieb. Bei Fleisch war für die Ernährungsverwaltung von vornherein absehbar, dass die anfallenden Mengen infolge des Mangels an Futtermitteln im Laufe der Zeit geringer werden würden, was unweigerlich zu Kürzungen der Fleischrationen führen musste. Mitte 1941 war es erstmals soweit. Für alle Verbrauchergruppen außer für Kinder bis 6 Jahre sowie für Lang- und Nachtarbeiter verringerte sich die reguläre Fleischration, und zwar im Allgemeinen um ein Fünftel<sup>43</sup>.

Ein drastischer Einschnitt in die Versorgung der Zivilbevölkerung fand dann aber im April 1942 statt<sup>44</sup>. Nicht nur sind die Zuteilungen von Brot, Fleisch und Fett, wie Tabelle 1 ausweist, um bis zu 25 Prozent vermindert worden – lediglich Kinder und Jugendliche blieben davon teilweise verschont –, sondern es wurden auch die Kaffee-Ersatz- und, für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die Nahrungsmittelrationen gesenkt. Zudem verschlechterte sich das Verhältnis, zu dem anstelle von Marmelade Haushaltszucker bezogen werden konnte. Die Fleisch-

<sup>43</sup> Vgl. für den gesamten vorstehenden Abschnitt Häfner, Materialien, Gliederungspunkte: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“ und „Entwicklung des Viehbestandes und der tierischen Leistung“.

<sup>44</sup> Für den ganzen folgenden Absatz siehe ebenda, inklusive Gliederungspunkt: „Entwicklung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln“. Die in diesem Manuskript gemachten Angaben zu den Schweineschlachtungen und Brotgetreideernten (abzüglich nachträglicher Korrekturen) stimmen fast vollständig überein mit den Zahlen aus einem offiziellen Bericht zur Wirtschaftslage von 1944, was als weiterer Beleg für die Zuverlässigkeit der Ausführungen von Häfner angesehen werden kann; vgl. Jonas Scherner, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion bis Sommer 1944, in: VfZ 55 (2007), S. 516 u. S. 518.

zuteilungen mussten ebenfalls gekürzt werden, da das Aufkommen an Fleisch weiter gesunken war. So war die Zahl der gewerblichen Schweineschlachtungen 1941/42, verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1939, bereits um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Das hatte auch Auswirkungen auf die Menge verfügbarer Schlachtfette und damit auf die Fettrationen, die noch ausgegeben werden konnten, und zwar obwohl der Fettgehalt von Milch, Butter und Margarine bereits Anfang 1942 vermindert worden war<sup>45</sup>. Außerdem hatte sich die Situation bei Getreide massiv verschlechtert. Aufgrund einer Verringerung der Brotgetreideernte von 1940 gegenüber dem sehr guten Ernteergebnis von 1939 um 22 und einer Verminderung der abgelieferten Mengen an Roggen und Weizen um 26 Prozent hatte die Reichsstelle für Getreide zur Aufrechterhaltung der Brotrationen bereits bis Mitte 1941 den größten Teil ihrer Vorräte einsetzen müssen. Dementsprechend waren ihre Brotgetreidebestände schon zwischen Ende Juli 1940 und Ende Juli 1941 von 4,6 Millionen auf nur noch knapp 1 Million Tonnen gesunken. Im Frühjahr 1942 war dann trotz einer wieder verbesserten Ernte 1941 ein derart niedriges Niveau der Vorratshaltung erreicht, dass die geregelte Versorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte im Sommer 1942 nicht mehr unter allen Umständen gewährleistet war. Es gab daher keine Alternative zur Einschränkung des Verbrauchs nicht nur von Brot, sondern auch von anderen aus Getreide hergestellten Produkten wie Teigwaren (Nährmittel) und Kaffee-Ersatz. Schließlich wurde im April 1942 auch noch eine reichseinheitliche Kartoffelkarte eingeführt, womit der zuvor freie bzw. lokal lediglich mit Hilfe von Kundenausweisen gelenkte Verkauf von Speisekartoffeln abgeschafft war<sup>46</sup>.

Interessanterweise findet sich in den Akten der Reichskanzlei für Juni 1942 ein Vergleich der Normalverbraucherrationen in Deutschland mit denen in Großbritannien<sup>47</sup>; das mag darauf hindeuten, dass es Personen in der Regierung gab, die die niedrigen Zuteilungen mit Sorge betrachteten. In der Tat fiel der Vergleich stark zuungunsten Deutschlands aus. Denn in Großbritannien waren im Unterschied zum Deutschen Reich im Juni 1942 nicht nur Brot, Kartoffeln und sogar Kaffee noch völlig frei erhältlich. Vielmehr war auch die Fleischration um ein bis zwei Drittel höher und die Zuteilung von Fett ebenfalls noch etwas reichhaltiger. Insgesamt war damit die Versorgung in Großbritannien Mitte 1942 noch annähernd so gut wie in Deutschland im Herbst 1939.

Nachdem schon die Kürzung der Fleischration im Sommer 1941 in der Bevölkerung auf Unverständnis gestoßen war und besonders bei Arbeitern Unmut hervorgerufen hatte<sup>48</sup>, sank die Stimmung im Frühjahr 1942 offenbar auf einen Tiefpunkt. Jedenfalls wurde berichtet, dass es in Arbeiterkreisen sich häufende Klagen über ständiges Hungergefühl gegeben habe und Vergleiche mit der Lage

<sup>45</sup> Vgl. Corni/Gies, Brot, Kanonen, Butter, S. 561.

<sup>46</sup> Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 95.

<sup>47</sup> BA, R 43 II/614, Bl. 137, Die Rationierung von Nahrungsmitteln in Deutschland und Großbritannien.

<sup>48</sup> Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 1938–1945, Herrsching 1984, Bd. 7, S. 2338 f.

im Ersten Weltkrieg angestellt wurden, wo es besser gegangen sei<sup>49</sup>. Letzteres war jedoch definitiv unzutreffend. Denn die Versorgungslage im Ersten Weltkrieg war viel schlechter. So belief sich etwa die wöchentliche Brotration für Normalverbraucher bereits 1916 auf nur noch 1400 Gramm, die Fleischzuteilung betrug 250 und die Fettration 100 Gramm, und selbst Schwerstarbeiter erhielten 1916 offiziell nur 350 Gramm Fleisch und 100 Gramm Fett pro Woche. Die an Schwerstarbeiter ausgegebene Fettration stieg 1917/18 dann zwar bis auf 210 Gramm pro Woche an, jedoch verminderte sich gleichzeitig deren Brotration von 3500 auf 2450 Gramm<sup>50</sup>. Insgesamt änderte sich jedenfalls an der völlig unzureichenden Nahrungsmittelversorgung im Ersten Weltkrieg nach 1916 kaum mehr etwas, wohingegen die Ernährungslage sogar noch am Ende des Zweiten Weltkriegs wohl etwas günstiger gewesen ist.

Die im Vergleich zum Ersten Weltkrieg viel bessere Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln war tatsächlich zu einem großen Teil eine Folge der Ausbeutung der besetzten Gebiete, die ja im Zweiten Weltkrieg viel ausgedehnter gewesen sind als im Ersten. Zum einen blieb nämlich im Zweiten Weltkrieg die Zahl der landwirtschaftlich Beschäftigten im Deutschen Reich dank des Einsatzes von bis zu 2,5 Millionen Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen praktisch konstant<sup>51</sup>. Das war mitentscheidend dafür, dass die inländischen Ernteergebnisse sich, gemessen an denen der Vorkriegszeit, auf einem viel höheren Niveau als während des Ersten Weltkriegs hielten, in dem ja vor allem die Zahl der männlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stark zurückgegangen war<sup>52</sup>. Denn während die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland bis 1917 um rund 40 Prozent unter ihren Stand von 1913 gefallen war<sup>53</sup>, war sie bis 1943 im Vergleich zu 1939 lediglich um 10 und bis 1944 um rund 15 Prozent gesunken<sup>54</sup>. Dazu kamen jedoch im Zweiten Weltkrieg noch viel größere Nahrungsmittellieferungen aus den besetzten Gebieten, vor allem auch an die jeweils dort stationierten Wehrmachtsteile, die demnach die deutsche Ernährungsbilanz zugunsten der Zivilbevölkerung entlasteten. So stellten z. B. die ausländischen Nettolieferungen von Getreide in den Agrarwirtschaftsjahren 1939/40 bis 1943/44 durchschnittlich rund 12 Prozent des gesamten deutschen militärischen und zivilen Verbrauchs dar, und bei Fleisch war es gar ein Fünftel<sup>55</sup>.

<sup>49</sup> Vgl. ebenda, Bd. 9, S. 3448f., S. 3470f. u. S. 3504f., sowie Bd. 10, S. 3543, S. 3566, S. 3918f., S. 3923 u. S. 3944f.

<sup>50</sup> NARA, RG 243, Entry 6, European Survey, Published Reports, Box No. 12, 134: USSBS, Food and Agriculture, Exhibit F; siehe auch Burchardt, Auswirkungen, S. 75f.

<sup>51</sup> Vgl. Abelhauser, Germany, in: Harrison (Hrsg.), Economics, S. 160f.

<sup>52</sup> Vgl. Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg 1914–1918, München 1973, S. 123f.

<sup>53</sup> Vgl. Albrecht Ritschl, The Pity of Peace. Germany's Economy at War, 1914–1918 and Beyond, in: Stephen Broadberry/Mark Harrison (Hrsg.), The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 46.

<sup>54</sup> NARA, RG 243, Entry 6, European Survey, Published Reports, Box No. 12, 134: USSBS, Food and Agriculture, Exhibit C (gemessen in Getreideäquivalenten); siehe auch Burchardt, Auswirkungen, S. 74.

<sup>55</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln“; vgl. auch Volkmann, Landwirtschaft, S. 68–71; Karl Brandt, Management

Obwohl die Ernährungslage im Sommer 1942 demnach noch viel besser als in der gesamten zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs gewesen ist, war der Unmut in der Arbeiterschaft über die Kürzungen wohl so erheblich, dass das Regime sich nach der neuen Ernte beeilte, die Rationen wieder zu erhöhen. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, wurden ab Mitte Oktober 1942 die Zuteilungen von Brot auf das alte Niveau angehoben und zwar für alle Verbrauchergruppen, die von der Kürzung betroffen gewesen waren. Die Fleischrationen stiegen ebenfalls, wenn auch im Allgemeinen nicht wieder auf den Stand von vor April 1942. Die Verringerung der Zuteilungen an Fett und Nahrungsmitteln wurde allerdings nicht mehr rückgängig gemacht, und die Kaffee-Ersatz-Rationen waren bereits im September ein zweites Mal gesenkt worden.

Allerdings mussten auch die Fleischrationen schon Ende Mai 1943 erneut, teilweise sogar massiv, gekürzt werden. Bei Normalverbrauchern betrug sie nun nur noch die Hälfte der regulären Zuteilung von 1939/40, bei Kindern und Jugendlichen sowie Schwerarbeitern 60 Prozent. Jedoch war die bis dahin teilweise praktizierte Aufstockung der Fleischversorgung aus der Substanz jetzt laut Herbert Backe, dem mächtigen Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, nicht mehr möglich, weil ansonsten die notwendigen „Produktionsmittel“ selbst zerstört worden wären – mit höchst negativen Folgen für das Butteraufkommen<sup>56</sup>. Wiederum war die Entrüstung in der Bevölkerung groß, woran auch die minimale Steigerung der Fett- und die geringe Erhöhung der Brotportionen, die als Ausgleich zugestanden wurden, nichts zu ändern vermochten. Letztere wurden eben nicht als ausreichender Ersatz für das entfallende Fleisch angesehen. Besonders unangenehm für das Regime war, dass die Verminderung der Zuteilungen an Fleisch offenbar vielfach mit den militärischen Rückschlägen in Verbindung gebracht und weitere Rationskürzungen bereits prognostiziert wurden<sup>57</sup>. Möglicherweise diente daher ein Rundschreiben des Leiters der Parteikanzlei Martin Bormann von Mitte Juli 1943, wodurch der Polizei jegliche Kontrolle von Personen, die in ländlichen Gebieten unter der Hand Obst und Gemüse einkauften, untersagt wurde, primär dazu, den Zorn der Bevölkerung nicht weiter zu erregen, selbst wenn man hierdurch den Schleichhandel in gewissen Grenzen legalisierte. Zwar wurde im September 1943 nach einer guten Ernte auch die Brotzuteilung noch einmal ein wenig verbessert. Etwa gleichzeitig mussten jedoch die Kartoffelrationen, nach Regionen unterschiedlich, verringert werden, z. B. in Essen um 14 Prozent im August und im Dezember 1943 nochmals um 17 Prozent, wobei als Ersatz vermehrt andere Lebensmittel, teilweise allerdings nur vorübergehend, ausgegeben worden sind<sup>58</sup>.

Ab der Jahreswende 1943/44 verschlechterte sich die Versorgung mit Lebensmitteln dann relativ kontinuierlich und immer schneller, auch wenn Tabelle 1

of Agriculture and Food in German-Occupied and Other Areas of Fortress Europe. A Study in Military Government, Stanford 1953, S. 610–614.

<sup>56</sup> BA, R 2501/7024, Bl. 25, Bericht von einer Besprechung mit dem Staatssekretär.

<sup>57</sup> Vgl. Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 13, S. 5272 f.

<sup>58</sup> Vgl. Corni/Gies, *Brot, Butter, Kanonen*, S. 567 u. S. 571; Schmitz, *Bewirtschaftung*, S. 402.

zunächst etwas anderes auszuweisen scheint. Ein wichtiger Grund dafür war, dass immer mehr von Deutschland besetzte Länder befreit wurden. Dies führte nicht nur zu einem Rückgang der Lebensmitteleinfuhren ins Reich, sondern bedeutete auch, dass Wehrmachtsteile, die sich bis dahin aus den Stationierungsgebieten gepflegt hatten, nun zunehmend die innerdeutsche Nahrungsmittelbilanz belasteten. Für die Zivilbevölkerung war das umso schwerwiegender, als die Versorgung des Militärs Vorrang genoss und stets viel besser war. So war im Frühjahr 1941 die wöchentliche Fleischration für Soldaten des Feldheeres mit 1560 Gramm um 360 Gramm höher als die von Schwerstarbeitern, die damals 1200 Gramm erhielten, ganz zu schweigen von den Zuteilungen an Normalverbraucher in Höhe von 500 Gramm; ja sogar Angehörige des Ersatzheers erhielten 1350 Gramm. Ähnlich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, war die Situation noch im Sommer 1944<sup>59</sup>.

Ab Anfang 1944 ist, um eine laufende Senkung der Fettzuteilung nach außen hin zu verschleiern, anstelle eines Teils der Fettrationen vor allem an Erwachsene Fleisch mit Knochen bzw. sogenanntes Fleischschmalz, d.h. fettes Schweinefleisch, das zerkleinert und damit streichfähig gemacht worden war, ausgegeben worden. Dabei wurde im Laufe der Zeit zuerst das Austauschverhältnis verschlechtert und dann die zu ersetzende Fettmenge stark erhöht. Dass eine in dieser Form gesteigerte Fleischverteilung überhaupt möglich war, war nicht zuletzt eine Folge der in wachsendem Maß durchgeführten Rückführungen von Vieh aus den näher rückenden Kampfzonen, also letztlich Konsequenz der sich abzeichnenden Niederlage<sup>60</sup>. Auch die Kartoffelknappheit verschärfte sich bis zur Ernte von 1944 weiter. Dementsprechend musste im März die Zuteilung etwa in Essen nochmals, und zwar um ein Fünftel, zusammengestrichen werden, sodass sie sich ab jetzt bis Ende Juni nur noch auf knapp 60 Prozent der Ausgangsmenge von 1943 belief<sup>61</sup>. Charakteristisch für den Ernst der Lage war auch, dass durch Rundschreiben des Reichsernährungsministeriums vom 8. Mai 1944 die in den Kellern zerstörter Wohnungen lagernden Kartoffeln für beschlagnahmt erklärt wurden. Im Oktober 1944 wurden die Brotrationen der meisten Verbrauchergruppen und die Kaffee-Ersatz-Rationen gesenkt, letztere um knapp die Hälfte. Im November ist zusätzlich die Nahrungsmittelzuteilung etwas gekürzt und das Kontingent an Gerste für die Brauereien auf die Hälfte verringert worden, nachdem schon in den Jahren zuvor der höchstzulässige Stammwürzegehalt des Biers schrittweise von normal 11 bis 14 auf nur noch 2,7 bis 7,5 Prozent (ab November 1943) reduziert worden war. Im Dezember wurde offiziell die private Haltung von Geflügel und Kleintieren eingeschränkt, um damit entsprechende Mengen Futter einzusparen<sup>62</sup>. Und

<sup>59</sup> Vgl. Corni/Gies, Brot, Butter, Kanonen, S. 570. Für die Fleischrationen im Jahr 1941 vgl. Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 6, S. 2043; BA, R 2501/7024, Bl. 24, Bericht von einer Besprechung mit Staatssekretär Backe.

<sup>60</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“.

<sup>61</sup> Vgl. Schmitz, Bewirtschaftung, S. 466.

<sup>62</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“; siehe auch Corni/Gies, Brot, Butter, Kanonen, S. 570 u. S. 576f.; Grazyna Buchheim/Christoph Buchheim, Vollbier, Dünnbier und die Bayern, in: Christian Klein-

spätestens seit Anfang Februar 1945 verschlechterte sich, wie auch Tabelle 1 zeigt, die Versorgung der Zivilbevölkerung im jeweiligen noch von der Wehrmacht gehaltenen Restgebiet des Deutschen Reiches von Monat zu Monat recht erheblich.

Tabelle 1 lässt schon vermuten, dass der Nährwert der Rationen mit der Zeit zurückging. Das traf in der Tat zu. Bereits 1941/42, d. h. im dritten Kriegsjahr, war der Reinfettgehalt der Normalverbraucherration im Vergleich zu 1939/40 durchschnittlich fast um ein Fünftel gesunken, und der von tierischem Eiweiß betrug gar nur noch gut zwei Drittel der Menge, die im ersten Jahr des Kriegs zur Verfügung gestanden hatte. Bis 1943/44 veränderte sich letzterer weiter auf 56 Prozent, blieb bis zum Ende des Krieges dann aber in etwa stabil. Dagegen war bis 1943/44 der Reinfettgehalt im Mittel auf 71 Prozent der Ausgangsmenge geschrumpft, um 1944/45 auf ebenfalls unter 60 Prozent zu sinken. Zwar wurden bei dieser Berechnung Kartoffeln und Kaffee-Ersatz nicht berücksichtigt, weil darin aber kein tierisches Eiweiß und kaum Fett enthalten sind, würde sich durch deren Einbeziehung auch nicht viel ändern<sup>63</sup>.

Dass die Ernährung im Krieg also nochmals wesentlich vegetabilier wurde und sich damit eine bereits zwischen 1927/28 und 1937 für Arbeiterhaushalte beobachtbare Tendenz sogar verstärkt fortsetzte<sup>64</sup>, wird auch durch eine andere Art der Berechnung bestätigt. Geht man nämlich von den Lebensmittelmengen aus, die pro Jahr für die Zivilbevölkerung des Reichs (in den Grenzen vom August 1939) überhaupt zur Verfügung standen, und kalkuliert den dadurch ermöglichten durchschnittlichen Verbrauch pro Kopf, ergibt sich bis zum fünften Kriegsjahr 1943/44 im Vergleich zur Vorkriegszeit bei Fleisch ein Rückgang von gut 50 und bei Fett ein solcher von mehr als 45 Prozent. Hingegen erhöhte sich der Durchschnittsverbrauch bei Kartoffeln um mehr als ein Drittel und der von Gemüse (Kohl!) um die Hälfte<sup>65</sup>. Zwar sind in diesen Berechnungen auch die ausländischen zivilen Arbeitskräfte sowie die zur Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen berücksichtigt. Dennoch kann die Entwicklung als repräsentativ auch für die deutsche Zivilbevölkerung angesehen werden. Allenfalls erscheint sie in der Tendenz noch ein wenig zu gut, da die Rationen der Polen und der besonders diskriminierten Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen sich gegen Ende des Krieges im Vergleich zu denen deutscher Verbraucher ja eher etwas verbessert haben, die Zivilarbeiter aus verbündeten Ländern und besetzten Gebieten in Westeuropa ohnehin deutschen Arbeitern gleichgestellt waren und nicht-sowjetische Kriegsgefangene durchweg in etwa die Zuteilungen für Normalverbraucher erhielten<sup>66</sup>.

---

schmidt (Hrsg.), *Kuriosa der Wirtschafts-, Unternehmens- und Technikgeschichte. Miniaturen einer „fröhlichen Wissenschaft“*, Essen 2008, S. 149 f.

<sup>63</sup> Häfner, *Materialien*, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“.

<sup>64</sup> Vgl. Christoph Buchheim, *The Living Standard of the German Working Class Under the Nazi Regime, 1933–1938/39* (im Erscheinen).

<sup>65</sup> Häfner, *Materialien*, Gliederungspunkt: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Querschnitt“.

<sup>66</sup> Ebenda, Gliederungspunkt: „Versorgung der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen“; siehe auch Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilar-*

Dazu kamen dann allerdings noch die von deutschen Soldaten beim Heimaturlaub mitgeführten oder per Post nach Hause geschickten, in den besetzten Gebieten erworbenen Lebensmittel<sup>67</sup>. Die Aufbesserung der Versorgung, die dadurch im Schnitt stattfand, ist schwer einzuschätzen. Die in der neueren Literatur diesbezüglich für einzelne Länder und Zeiträume angegebenen Wertsummen erscheinen als solche zunächst recht groß<sup>68</sup>, insbesondere wenn sie auf alle besetzten Territorien und ein ganzes Jahr hochgerechnet werden. Berücksichtigt man jedoch, dass sie vielfach auf schwarzen Märkten zu weit überhöhten Preisen verausgabt worden sein dürften, und rechnet man die realen Werte auf die gesamte deutsche Zivilbevölkerung von in den Kriegsjahren rund 70 Millionen um, so stellen sie kaufkraftmäßig im Mittel pro Kopf und Woche nur Pfennigbeträge dar<sup>69</sup>.

Im Übrigen zeigt auch folgende Überlegung, dass die Geschäfte, die von Soldaten in den besetzten Gebieten getätigt worden sind, mögen sie sich der Zahl nach auch auf viele hunderttausend belaufen und aus der Perspektive des einzelnen manchmal geradezu den Charakter von Schnäppchen gehabt haben, für ein Volk von der Größe des deutschen keine bedeutenden Verbesserungen des Lebensstandards bewirkt haben können. Denn schließlich war das Primärziel der deutschen Behörden ja nicht, den Großteil der abschöpfbaren Überschüsse der besetzten Länder den deutschen Soldaten privat zu überlassen, sondern sie, so gut es ging, für die deutsche Kriegswirtschaft insgesamt nutzbar zu machen<sup>70</sup>. Dementsprechend hoch war der den besetzten Gebieten auferlegte offizielle Ressourcentransfer. Zudem scheute sich die Wehrmacht nicht, selbst als Käufer auf den Schwarzmärkten der besetzten Gebiete aufzutreten, um sich die dort erhältlichen, allerdings relativ geringen Teile der Gesamtproduktion dieser Territorien möglichst ebenfalls noch anzueignen. Jedoch trog die Hoffnung, durch Duldung des und Beteiligung am Schwarzmarkt die Ausbeutung der besetzten Gebiete zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft steigern zu können. Denn es zeigte sich, dass dadurch ein Anreiz geschaffen wurde, mehr Güter auf den Schwarzmarkt umzulenken, sodass die legale Erfassung abnahm. Daher begann man im Lauf des Jahres 1943, Schwarzmarktaktivitäten stärker zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang wurde dann auch der „Schleppererlass“ von 1942, wonach die Soldaten bei der Rückkehr in die Heimat so viel an Lebens- und Genussmitteln mit sich führen durften, wie sie tragen konnten<sup>71</sup>, wieder aufgehoben<sup>72</sup>. Aus alledem

---

beiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001, S. 122–129.

<sup>67</sup> Vgl. lebhaftige Schilderung einer Vielzahl von Einzelbeispielen bei Aly, Volksstaat, S. 114–132.

<sup>68</sup> Vgl. ebenda, S. 124; Christoph Buchheim, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs, in: VfZ 34 (1986), S. 129–131.

<sup>69</sup> Siehe hierzu Buchheim, Rechenfehler, S. 69–71.

<sup>70</sup> Vgl. Jonas Scherner, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München (im Erscheinen).

<sup>71</sup> BA, R 43 II/614, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an Landesernährungsämter, 1. 12. 1942; siehe auch Aly, Volksstaat, S. 126.

<sup>72</sup> BA, R 2501/7024, Bl. 28, Besprechung mit Staatssekretär Backe.

folgt demnach, dass in den besetzten Ländern angesichts ihrer wirtschaftlichen Nutzung für offizielle kriegswirtschaftliche Belange auf individuellem Wege gar nicht mehr so viel zu holen gewesen sein kann, dass damit die materielle Lebenslage der Menschen in Deutschland wirklich substantiell zu verbessern war. Das gilt umso eher, als die Volkswirtschaften der besetzten Länder kriegsbedingt geschwächt waren und bestimmte Ressourcenmengen dort belassen werden mussten, damit sie überhaupt leistungsfähig blieben.

Demnach brauchen die privaten Käufe deutscher Soldaten in den besetzten Gebieten bei der weiteren Untersuchung des Konsumstandards von Zivilisten im Deutschen Reich nicht berücksichtigt zu werden. Denn erstens dürfte ein Teil der erstandenen Waren, z. B. Zigaretten, von den Soldaten selbst an Ort und Stelle verbraucht und nicht nach Hause gesandt worden sein. Zweitens aber bestanden die für die Heimat bestimmten Waren beileibe nicht nur aus Nahrungsgütern, sondern auch aus vergleichsweise teuren Genussmitteln, etwa Bohnenkaffee und Spirituosen, und darüber hinaus aus einer Vielzahl von sonstigen knappen Konsumwaren wie Seife, Stoffen und Kleidung<sup>73</sup>. Das jedoch bedeutet, dass für jede dieser Warenkategorien im Schnitt pro Kopf der Reichsbevölkerung insgesamt so geringe Zusatzquantitäten verfügbar gemacht worden sein dürften, dass ihre Einbeziehung zu keiner nennenswerten Vergrößerung der im Haushalt konsumierbaren Mengen eines einzelnen Gutes führen würde, weshalb also darauf verzichtet werden kann. Zu betonen ist allerdings, dass es hier um eine Durchschnittsbetrachtung geht, was erhebliche Verbesserungen des Lebensstandards von Zivilisten als Folge von Soldatenkäufen in den besetzten Gebieten in Einzelfällen natürlich nicht ausschließt.

Infolge der stark steigenden Zuteilungen an vegetabilen Nahrungsmitteln war es möglich, den Energiegehalt der pro Kopf der Zivilbevölkerung verfügbaren Nahrungsmenge von 1939/40 bis 1943/44 durchgehend auf einem Niveau von rund 2800 Kcal täglich zu halten, womit er nur etwa zehn Prozent unter dem der Zeit vor Kriegsbeginn lag. Dass hierzu die vom Regime praktizierte Ausbeutung der besetzten Gebiete einen erheblichen Beitrag geleistet hat, wurde bereits ausgeführt. Erst nach August 1944 sank der Kalorieninhalt der Rationen stärker ab<sup>74</sup>.

Jedoch gab es innerhalb der Zivilbevölkerung beträchtliche Abweichungen von diesen Mittelwerten. Nach einer unveröffentlichten Denkschrift der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle für das Jahr 1942/43 verfügten, in Kalorien gerechnet, Voll-Selbstversorger pro Kopf über rund ein Drittel mehr an Nahrung als der Durchschnitt, wohingegen vollständig auf Lebensmittelkarten angewiesene Verbraucher nur 88 Prozent des Durchschnitts erhielten. Werden die Teilgruppen dieser Konsumentenkategorie, also Arbeitnehmer mit verschiedenen hohen Zulagen und Kinder sowie Jugendliche der unterschiedlichen Altersstufen, einzeln betrachtet und die jeweiligen Rationen mit dem gruppentypischen Mindestkalorienbedarf, wie er damals zugrunde gelegt wurde, verglichen, so ergibt sich, dass

<sup>73</sup> Siehe nochmals Aly, Volksstaat, S. 114–132.

<sup>74</sup> Siehe auch für den folgenden Absatz Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt“.

die Zuteilungen das Soll von Arbeitern mit Zulagekarten zu rund 85 Prozent, von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zu 90 Prozent und von nicht körperlich arbeitenden Normalverbrauchern zu 95 Prozent deckten; jedoch wurde der Bedarf bei Kindern unter 14 Jahren um 30 bis 150 Prozent überschritten, und zwar desto mehr, je jünger sie waren. Am schlechtesten waren körperlich arbeitende Normalverbraucher gestellt, die keine Zulagen erhielten, weil ihre Arbeit nicht als besonders anstrengend galt; ihr Bedarf konnte gemäß der zitierten Denkschrift nur zu etwa drei Vierteln erfüllt werden.

### Die Ernährungslage von Arbeiterfamilien im Krieg

Wie bereits erwähnt, müssen die Rationen aller Mitglieder eines Haushalts addiert werden, um ein realistisches Bild der tatsächlichen Ernährungssituation zu gewinnen. Denn offensichtlich gab es häufig Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb von Familien mit Kindern, da letztere bis zu einem bestimmten Alter faktisch höhere Rationen erhielten, als sie brauchten. Das trug dazu bei, dass durch familieninterne Umverteilung oft auch der Kalorienbedarf von im Hinblick auf ihre eigenen Rationensätze unterversorgten Haushaltsmitgliedern weitgehend gedeckt werden konnte. Das soll hier zunächst an einem Arbeiterhaushalt demonstriert werden, der der Familie entsprach, die dem offiziellen Index der Lebenshaltungskosten zugrunde lag<sup>75</sup>. Diese erhielt im Kriegswirtschaftsjahr 1942/43 im Schnitt insgesamt 12.630 Kcal täglich zugeteilt, während ihr Mindestbedarf bei knapp 11.400 Kcal lag, wenn die Ehefrau einer größeren körperlichen Beschäftigung nachging, und bei etwa 10.800, wenn letzteres nicht gegeben war. In beiden Fällen wurde der Mindestbedarf der ganzen Familie kalorienmäßig demnach mehr als gedeckt, obwohl, separat betrachtet, das Soll der erwachsenen Haushaltsmitglieder nur zu 76 (körperlich arbeitende Ehefrau), 83 (Ehemann) bzw. 95 Prozent (nicht besonders stark körperlich arbeitende Ehefrau) erfüllt worden ist. Wären die Kinder der betrachteten Arbeiterfamilie allerdings alle vier Jahre älter gewesen, hätte ihr gemeinsames Mindestsoll an Kalorien um ein Drittel höher gelegen. Da jedoch die Zuteilungen kaum gestiegen wären, wäre der minimale Kalorienbedarf der gesamten Familie, jedenfalls wenn die Ehefrau eine härtere körperliche Beschäftigung ausgeübt hätte, jetzt unterschritten gewesen, wenn auch lediglich um 2 Prozent<sup>76</sup>. Ob der Mindestkalorienbedarf einer Arbeiterfamilie durch die Lebensmittelrationen im Krieg abgedeckt wurde oder nicht, hing demnach nicht nur vom Zeitpunkt der Betrachtung, dem Status des Mannes als Normalverbraucher

<sup>75</sup> Arbeiterfamilie mit 5 Personen, nämlich Ehemann, Ehefrau, ein Kind von 12, eines von 7 und eines von 1½ Jahren; vgl. Neuberechnung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, in: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 43 IV, 1934, S. 105; für die hier vorgenommenen Berechnungen wurde unterstellt, dass der Mann Schwerarbeiterzulagen erhalten hat.

<sup>76</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt“; eine ähnliche Rechnung in: IfZ-Archiv, Db 66.62, Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF, Lebensmittelrationen seit dem 25. September 1939 und Einkommen.

oder Zulagenempfänger, der Beschäftigung der Frau und der Zahl der Kinder ab, sondern auch vom Alter der Kinder. Auf jeden Fall ergab sich im Lauf des Krieges jedoch auch für Arbeiterfamilien, verglichen mit 1937, eine nicht unerhebliche Verschlechterung der *Zusammensetzung* der Nahrung.

Tabelle 2: Wochenrationen verschiedener Lebensmittel in Arbeiterfamilien 1939–1944 im Vergleich mit dem Verzehr 1937<sup>1</sup> in einem durchschnittlichen Arbeiterhaushalt<sup>2</sup>

	Arbeiterfamilie I <sup>3</sup>			Arbeiterfamilie II <sup>4</sup>	
	Normalverbraucher	Schwerarbeiter		Normalverbraucher	Schwerarbeiter
<i>1937</i>					
Brot/Mehl/Nährmittel			12.201		
Fleisch			2.895		
Fett			1.530		
Vollmilch (I)			9,2		
Eier (Stück)			8,0		
Zucker/Marmelade			1.402		
<i>Ende 1939</i>					
Brot/Mehl/Nährmittel	10.875	12.275		11.575	12.975
Fleisch	2.405	2.905		2.405	2.905
Fett	1.181	1.306		1.261	1.386
Vollmilch (I)	8,8	8,8		5,3	5,3
Eier <sup>5</sup> (Stück)	8	8		8	8
Zucker/Marmelade	1.850	1.850		1.800	1.800
<i>Mitte 1942</i>					
Brot/Mehl/Nährmittel	10.075	11.475		11.213	12.613
Fleisch	1.450	1.750		1.450	1.750
Fett	1.069	1.169		1.135	1.235
Vollmilch (I)	8,8	8,8		5,3	5,3
Eier <sup>5</sup> (Stück)	4	4		4	4
Zucker/Marmelade	2.100	2.100		2.050	2.050
<i>Ende 1944</i>					
Brot/Mehl/Nährmittel	11.213	12.613		12.025	13.425
Fleisch <sup>6</sup>	1.425	1.775		1.425	1.888
Fett <sup>6</sup>	855	984		1.075	1.113
Vollmilch (I)	8,8	8,8		5,3	5,3
Eier (Stück)	1	1		1	1
Zucker/Marmelade	2.133	2.133		2.083	2,083

<sup>1</sup> Wenn nicht anders angegeben, gemessen in Gramm

<sup>2</sup> Arbeiterhaushalt mit 4,8 Personen, hier aufgerundet auf 5 Personen, und einem Jahreseinkommen zwischen 2.500 und 3.000 RM

<sup>3</sup> Arbeiterfamilie mit 5 Personen, nämlich Ehemann, Ehefrau, ein Kind von 12, eines von 7 und eines von 1½ Jahren (entsprechend der Indexfamilie); in einem Fall wird unterstellt, dass der Mann Schwerarbeiterzulagen erhielt, im anderen Fall, dass er, wie die Frau, Normalverbraucher war.

<sup>4</sup> Arbeiterfamilie mit 5 Personen, nämlich Ehemann, Ehefrau, ein Kind über 14 Jahre, eines zwischen 10 und 14 und eines zwischen 3 und 6 Jahren

<sup>5</sup> Jeweils Durchschnitt der Kriegswirtschaftsjahre 1939/40, 1941/42 bzw. 1944/45

<sup>6</sup> Unter Berücksichtigung des Ersatzes eines Teils der Fettration durch Fleisch

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen 1937 in Arbeiterhaushaltungen. Arbeitsunterlage, Wiesbaden o.J., S. 15; Kurt Häfner, Materialien zur Kriegsernährungswirtschaft 1939–1945. Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“.

Aus Tabelle 2 wird deutlich, dass das Alter der Kinder auch eine Rolle für die Zusammensetzung der gesamten Familienration spielte. Insofern konnte sich die Verfügbarkeit einzelner Nahrungsmittel, was die Tabelle allerdings nicht deutlich macht, im Zeitablauf abrupt ändern, und zwar einfach dadurch, dass die

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kinder älter wurden. Ganz besonders drastisch war das bei Vollmilch der Fall, die an Kinder, abgestuft nach deren Alter, verteilt wurde. Im Beispiel der ersten, in der Tabelle aufgeführten Arbeiterfamilie hätte das eigentlich bedeutet, dass Mitte 1942, nachdem das älteste Kind das vierzehnte und das jüngste das dritte Lebensjahr vollendet hatte, die Vollmilchration tatsächlich nicht mehr rund 9, sondern nur noch 5,3 Liter pro Woche betragen hat. Während also der Verbrauch von Vollmilch 1937 sich bei repräsentativen Arbeiterfamilien im Gesamtdurchschnitt auf etwa 9 Liter belaufen hatte und davon ausgegangen werden kann, dass er in Haushalten mit kleinen Kindern noch höher lag, stellte die gleich hohe Menge des Milchkonsums bei der ersten Arbeiterfamilie in Tabelle 2 lediglich einen ausgesprochenen Sonderfall dar, d. h., im Mittel lag dieser mit Sicherheit wesentlich niedriger und eher bei dem Niveau der zweiten Arbeiterfamilie der Tabelle.

Dagegen hielten sich die Rationen von Brot, Mehl und sonstigen Getreideprodukten tatsächlich bis Ende 1944 etwa auf dem Durchschnittsniveau des Verbrauchs dieser Nahrungsmittel im Jahr 1937. Auch lag die Summe der Zucker- und Marmeladenzuteilungen schon Ende 1939 beträchtlich über dem Verbrauch von 1937, und sie stieg im Verlauf des Krieges noch, allerdings zunehmend weiter verschoben in Richtung einer in dieser Höhe eigentlich unerwünschten Ration an (Kriegs-)Marmelade<sup>77</sup>. Auf der anderen Seite setzten sich bereits für die Zeit zwischen 1927/28 und 1937 beobachtbare negative Tendenzen in der Ernährung von Arbeiterhaushalten im Krieg verstärkt fort<sup>78</sup>. Denn nicht nur der Verbrauch von Vollmilch verminderte sich, wie gesagt, im Durchschnitt erheblich. Auch der Eierkonsum verringerte sich spätestens seit dem zweiten Kriegsjahr kontinuierlich und sehr stark. Die Speisefettrationen waren von Kriegsbeginn an niedriger als das im Vergleich zu den späten zwanziger Jahren bereits recht geringe Niveau von 1937, und sie gingen dann weiter zurück; ihrer tatsächlichen Höhe nach, d. h. im Unterschied zu Tabelle 1 unter Berücksichtigung des teilweisen Ersatzes von Fett durch Fleisch, betragen sie Ende 1944 zwischen drei Fünftel und drei Viertel des Vorkriegskonsums. Die Zuteilungen an Fleisch dagegen waren Ende 1939 noch erstaunlich hoch und entsprachen beinahe dem Stand von 1937. Sie sanken danach aber besonders rasch, und bereits Mitte 1942 beliefen sie sich auf nur noch 50 bis 60 Prozent jenes Niveaus. Bis Ende 1944 erholten sie sich allenfalls unwesentlich und lediglich aufgrund des erwähnten Substitutionsprozesses.

Zusammenfassend muss demnach festgestellt werden, dass der Mehrverbrauch vegetabiler Produkte wie Zucker in all seinen Formen, Kartoffeln sowie Gemüse und der Familienausgleich es einer durchschnittlichen städtischen Arbeiterfamilie zwar ermöglichte, ihren Gesamtbedarf an Kalorien im Krieg über weite Strecken annähernd zu decken, dass aber gleichzeitig infolge des Rückgangs des Verzehrs tierischen Eiweißes und von Speisefett der Ernährungsstandard selbst einer Schwerarbeiterfamilie bereits am Anfang des Krieges zurückging. Bis Mit-

<sup>77</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Rationen für die städtische Zivilbevölkerung“; vgl. auch Overy, Blitzkriegswirtschaft, S. 404.

<sup>78</sup> Vgl. Buchheim, *The Living Standard of the German Working Class*.

te 1942 war er im Vergleich zu 1937 dann sogar ziemlich beträchtlich gesunken. Wird die Entwicklung der Qualität einzelner Lebensmittel in die Analyse miteinbezogen, so gilt diese Schlussfolgerung in noch stärkerem Maß. Denn während in einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie 1937 wenigstens gelegentlich noch Bohnenkaffee getrunken wurde, stand im Krieg nur noch Kaffee-Ersatz zur Verfügung. Wie erwähnt, wurde auch das Bier wesentlich dünner und der Fettgehalt von Butter, Margarine und Vollmilch geringer. Die Ausmahlungsquoten von Getreide wurden weiter gesteigert, bei Roggen im Durchschnitt beispielsweise von 78 Prozent 1938/39 auf 95 Prozent 1943/44, denn nur so konnte der Bedarf an Mehl einigermaßen gedeckt werden; außerdem wurde ab dem Jahr 1942/43 ein bestimmtes Quantum Gerstenmehl bei der Brotherstellung verwendet<sup>79</sup>. Auch die Länge der Zigaretten ist 1943 offenbar ein wenig reduziert worden, um Tabak zu sparen<sup>80</sup>.

Charakteristisch für viele Qualitätseinbußen war, dass sie verdeckt vorgenommen wurden. Die Verbraucher konnte man dennoch häufig nicht täuschen, was etwa durch die zahlreichen Klagen über das schlechte Brot belegt wird<sup>81</sup>. Das bedeutet, auch die nicht sofort ersichtlichen Qualitätsverschlechterungen führten häufig nicht nur objektiv, sondern auch im subjektiven Empfinden der Konsumenten zu einer Verringerung ihres Lebensstandards. Dennoch bleibt richtig, dass die Versorgungslage bei Lebensmitteln in Arbeiterfamilien fast während des gesamten Krieges zumindest der Kalorienverfügbarkeit nach vergleichsweise gut gewesen ist; das galt umso eher, als ein großer Teil von ihnen über Zulagen verfügen konnte.

### Die Ernährungslage anderer gesellschaftlicher Gruppen

Noch besser war allerdings die Ernährung der sogenannten Selbstversorger, also von Haushalten, die eine Landwirtschaft hatten und Nahrungsmittel selbst produzierten. Zwar war für unterschiedliche Nahrungsgüter die Zahl der Selbstversorger verschieden hoch; nimmt man jedoch eine gewisse Fehlermarge in Kauf, so kann deren Anteil an der gesamten Zivilbevölkerung bei Brotgetreide, Fleisch sowie Milch bzw. Butter jeweils mit rund einem Fünftel angenommen werden. Ihre günstige Position ergab sich bereits daraus, dass offiziell ihr Anspruch auf Teile der von ihnen erzeugten Nahrungsmengen gemäß den Rationen gewerblicher Schwerarbeiter festgesetzt worden war, und zwar bis auf wenige Ausnahmen über alle Altersgruppen hinweg. Praktisch bedeutete das, dass die Ablieferungsverpflichtungen von Bauern um die entsprechenden Mengen, multipliziert mit der Zahl der zu versorgenden Mitglieder jeglichen Alters von deren Haushalten, gekürzt wurden; zum Teil war das Verfahren auch so, dass ihnen entsprechende Mengen etwa von Mühlen und Molkereien, die die Rohprodukte verarbeiteten,

<sup>79</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln“.

<sup>80</sup> BA, R 2501/7024, Bl. 58.

<sup>81</sup> Vgl. Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 10, S. 3821, und Bd. 11, S. 4048f.

in veredelter Form zurückerstattet worden sind. Demnach kann es kaum verwundern, dass die Ernährungswirtschaftliche Forschungsstelle in ihrer bereits zitierten Untersuchung für das Wirtschaftsjahr 1942/43 die Kalorienverfügbarkeit pro Kopf und Tag im Mittel bei Voll-Selbstversorgern auf gut 3700 bezifferte. Im Mittel der gesamten Zivilbevölkerung wurden dagegen nur 2740 kcal zugeteilt, und der durchschnittliche Empfänger von Lebensmittelkarten musste sich mit 2410 kcal zufrieden geben<sup>82</sup>. Tatsächlich sind die für die Selbstversorger zur Verfügung stehenden Mengen an Lebensmitteln so groß gewesen, dass sie gar nicht alle von diesen verzehrt, sondern zum Teil verkauft wurden, und zwar meist außerhalb des Bewirtschaftungssystems.

Allerdings hatten die Selbstversorger auch zahlreiche Möglichkeiten, sich illegal zusätzliche Ernährungsgüter anzueignen, was durch das Ablieferungsverfahren noch unterstützt wurde. Denn außer bei Kartoffeln und Futtergetreide wurden den Landwirten keine festen Ablieferungskontingente vorgegeben. Vielmehr war im Prinzip die ganze Produktion, abgesehen von den für Saatgut sowie für Eigenverbrauch und Fütterungszwecke genehmigten Mengen, restlos abzugeben. Dabei wurde die Erfüllung dieser Verpflichtung auf der Basis von Ablieferungserwartungen überprüft, die etwa für pflanzliche Erzeugnisse anhand der Flächen, auf denen diese jeweils angebaut wurden, gebildet wurden<sup>83</sup>. Wie leicht zu erkennen ist, gab es für die Bauern eine ganze Reihe an Strategien, um eine Vollablieferung zu umgehen. Zum Beispiel konnte man einen Teil der tatsächlich mit einer bestimmten Frucht bebauten Fläche verheimlichen, indem man sie unter Grünland subsumierte. Oder die ehrenamtlich tätigen Ernteschätzer konnten bewegt werden, nicht dem voraussichtlichen Ertrag entsprechende Ablieferungserwartungen festzusetzen. Tatsächlich wurden die statistisch erhobenen Erzeugungsmengen landwirtschaftlicher Produkte von den Behörden intern durch Zuschläge nach oben korrigiert, was ja eben zeigt, dass auch ihnen die Unvollständigkeit der Erfassung infolge illegalen Verhaltens der Bauern klar war<sup>84</sup>. Obst und Gemüse, das nicht strikt bewirtschaftet wurde, wurden zu großen Teilen überhaupt nicht abgeliefert, sondern freihändig zu höheren als den offiziellen Preisen verkauft<sup>85</sup>. Ein weiteres Problem waren die Schwarzschlachtungen<sup>86</sup>. Es erscheint zudem nicht unwahrscheinlich, dass die zunehmende Verbreitung des Schleich- und Tauschhandels auf dem Land und die den Bauern dadurch vor Augen geführten Ertragschancen dieser Art des Verkaufs ihrer Erzeugnisse den Anreiz noch vergrößert haben, es mit der Ablieferungsmoral nicht so genau zu

<sup>82</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkte: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt“; „Die einzelnen Verbraucherguppen der Zivilbevölkerung“.

<sup>83</sup> Vgl. Arthur Hanau/Roderich Plate, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 32–34.

<sup>84</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln“.

<sup>85</sup> Vgl. Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 8, S. 2694f., und Bd. 11, S. 4003.

<sup>86</sup> Vgl. ebenda, Bd. 5, S. 1746f.

nehmen, zumal umfassende staatliche Kontrollen völlig unmöglich waren<sup>87</sup>. Das passt jedenfalls zu der im Reichsernährungsministerium gehegten Vermutung, dass im Laufe des Kriegs die Angaben über die Erzeugung von Nahrungsmitteln immer unzuverlässiger geworden sind<sup>88</sup>.

Im Vergleich zu den Selbstversorgern, um deren Ernährung es während des Kriegs bei weitem am besten bestellt war, ging es den fast ausschließlich auf Karten angewiesenen Erwachsenen, in deren Haushalt keine Kinder lebten, wegen des damit verbundenen weitgehenden Wegfalls des innerfamiliären Ausgleichs ernährungsmäßig generell am schlechtesten. Wenn diese auch noch körperlich arbeiteten, ohne jedoch aufgrund der Schwere ihrer Arbeit zulageberechtigt zu sein, erhielten sie gemäß der bereits wiederholt angeführten Studie der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle mit ihren Rationen im Jahr 1942/43 im Durchschnitt lediglich drei Viertel ihres eigentlichen Mindestbedarfs an Kalorien. Nach Schätzungen betraf das ungefähr sieben Millionen Personen, die demnach chronisch unterversorgt waren. Weitere 13 Millionen Erwachsene mussten im Wesentlichen von ihren Normalverbraucherrationen leben, ohne allerdings körperlich zu arbeiten. Wenn kalorienmäßig 1942/43 das Mindestsoll dieser letzten Verbrauchergruppe zwar noch zu 95 Prozent abgedeckt war, so waren doch ihre Eiweiß- und vor allem ihre Fettversorgung bei weitem nicht ausreichend<sup>89</sup>. Darunter befanden sich viele Angestellte, denen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Aufstockung der Normalrationen durch Zulagen grundsätzlich verwehrt blieb; und tatsächlich ergaben Reihenuntersuchungen, dass sich infolge von Versorgungsmängeln spätestens seit 1941/42 deren Gesundheitszustand kontinuierlich verschlechterte<sup>90</sup>.

Als eine weitere Bestätigung dafür kann man einen Selbstversuch eines Doktoranden der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin ansehen, der für seine Dissertation im Fach Medizin im Januar und Februar 1942 die physiologischen Folgen untersuchte, die eine Nahrungsaufnahme genau entsprechend dem Umfang der Lebensmittelzuteilungen hatte. Obwohl er sich natürlich bemühte, die Rationen optimal zu verwerten, verlor er innerhalb der vier Wochen seines Experiments 3,5 Prozent seines Körpergewichts vom Ausgangszeitpunkt<sup>91</sup>. Daran zeigt sich, dass die Lebensmittelrationen selbst bei nicht körperlich arbeitenden Normal-

<sup>87</sup> Vgl. dazu ebenda, Bd. 8, S. 2733–2735.

<sup>88</sup> Häfner, Materialien, Gliederungspunkt: „Entwicklung der Versorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln“.

<sup>89</sup> Ebenda, Gliederungspunkt: „Nahrungsverbrauch und Nährwertvolumen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt“; siehe auch BA, R 43 II/613, Willuhn, Aufzeichnungen, verteilt in der Sitzung des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 15. 11. 1939, Bl. 101, wo festgestellt wurde, dass bereits die damaligen Rationssätze für den größten Teil der Normalverbraucher zu gering waren.

<sup>90</sup> Vgl. Michael Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986, S. 266 f.

<sup>91</sup> Vgl. Bruno Villwock, Stoffwechselfersuch bei Ernährung im Familienhaushalt in Berlin während des Krieges in den Monaten Januar und Februar 1942, Masch.-Diss., Berlin 1943. Für die Überlassung dieser Doktorarbeit danke ich Dr. Uwe Spiekermann.

verbrauchern bereits vor ihrer nochmaligen drastischen Kürzung vom April 1942 zu gering waren; sie mussten durch zusätzlich beschaffte Nahrungsmittel aufgebessert werden, damit permanente Gewichtsverluste und eine dadurch erhöhte Krankheitsanfälligkeit vermieden wurden, was jedoch im Verlauf des Krieges immer schwieriger wurde. Es ist deshalb nicht weiter erstaunlich, dass in einem Bericht des Sicherheitsdienstes der SS von Ende Mai 1943 über die körperliche Verfassung „geistiger Arbeiter“, worunter u. a. Lehrer und Beamte verstanden wurden, von starken Ermüdungserscheinungen, mangelnder Konzentrationsfähigkeit und größerer Reizbarkeit die Rede war. Weiter hieß es, die Leistungsreserven seien infolge der jahrelangen Dauer des Krieges nun verbraucht, was sich in durchschnittlichen Gewichtsverlusten von 15 kg und mehr niedergeschlagen habe<sup>92</sup>.

Natürlich waren Angestellte und Beamte von ihren Einkommen her eher in der Lage als Arbeiter, sich im Wege des Schleichhandels oder auf dem Schwarzmarkt<sup>93</sup> zusätzliche Nahrungsmittel zu besorgen. Jedoch dürfen die so erworbenen Mengen insgesamt nicht überschätzt werden. Angesichts von Millionen potentieller Nachfrager konnte der einzelne im Normalfall von vorneherein nicht damit rechnen, seine Rationen durch derartige Einkäufe wirklich durchgreifend zu erhöhen. Anders verhielt es sich jedoch bei der Führungsriege des Dritten Reichs inklusive der Wehrmacht. Nicht nur erhielten sie, auch und gerade im Krieg, oft aus irgendwelchen Sonderfonds monatliche Prämien von hunderten und tausenden bzw., zu besonderen Gelegenheiten, Dotationen bis zu hunderttausenden von Reichsmark. Hitler selbst war in dieser Hinsicht besonders freigebig, nicht zuletzt um sich die Empfänger persönlich zu verpflichten, und seine Paladine eiferten ihm darin nach. Auch deshalb mangelte es der Elite des NS-Staates generell nicht an Geldmitteln, um ein luxuriöses Leben zu führen<sup>94</sup>. Und selbst die hohen Schwarzmarktpreise der Kriegszeit wirkten wohl kaum besonders abschreckend.

Jedoch reichten oft die herausgehobene Position oder gute Beziehungen allein schon aus, um große Vorteile zu erlangen, wie der Fall des Berliner Delikatessenhändlers Nöthling belegt<sup>95</sup>. Gegen diese Firma waren im Sommer 1942 wegen fehlender Verwendungsnachweise für einen Teil der von ihr gehandelten Lebensmittel Ermittlungen eingeleitet worden. Dabei stellte sich heraus, dass große Mengen von Delikatessen ohne die notwendigen Lebensmittelmarken an eine ganze Reihe von Reichsministern, Generälen, Polizei- und Gerichtspräsidenten sowie sonstige herausragende Persönlichkeiten geliefert worden waren. Zum Beispiel waren allein an den Haushalt von Reichsinnenminister Wilhelm Frick außerhalb des Rationierungssystems unter anderem zweieinhalb Zentner Geflügel, ein Zent-

<sup>92</sup> Vgl. Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 14, S. 5312f.

<sup>93</sup> Dieser begann z. B. in Köln offenbar ab Mitte 1943 richtiggehend zu florieren; vgl. Wiggen-Jux, *Versorgung der Kölner Zivilbevölkerung*, S. 157–169.

<sup>94</sup> Vgl. Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt a. M. 2001, S. 34–39; Fabrice d'Almeida, *Hakenkreuz und Kaviar. Das mondäne Leben im Nationalsozialismus*, Düsseldorf 2007, S. 293–295.

<sup>95</sup> Für das Folgende Lothar Gruchmann, *Korruption im Dritten Reich. Zur „Lebensmittelversorgung“ der NS-Führerschaft*, in: *VfZ* 42 (1994), S. 571–593, hier S. 580.

ner Rehfleisch, fast ein Zentner Wurst und Schinken sowie je ein Viertelzentner Pralinen und Tee verkauft worden. Zwar war Hitler, als er davon erfuhr, „ziemlich betroffen“, dennoch entschied er vom „Standpunkt der Staatsräson“ sofort, von der Sache kein öffentliches Aufhebens zu machen. Dementsprechend kamen die prominenten Einkäufer ungeschoren davon, lediglich August Nöthling wurde in Untersuchungshaft genommen, wo er Selbstmord beging. Bei ersteren aber handelte es sich um die „Bonzen“, deren luxuriöser Lebensstil natürlich nicht verborgen blieb und die zur Zielscheibe ätzender Kritik der weniger privilegierten Schichten wurden<sup>96</sup>, ohne dass sie das jedoch in besonderer Weise tangiert hätte.

Jedoch gab es auch einen völlig legalen Weg, um Lebensmittel außer der Reihe zu erhalten, nämlich durch Beziehungen zum Ausland. So hieß es in einem Erlass des Reichswirtschaftsministeriums an die Devisen- und Reichsstellen vom 27. Januar 1944<sup>97</sup>: „Devisenausländer senden seit Kriegsbeginn häufig an Deviseninländer Liebesgabenpakete. Diese Liebesgabensendungen kann der ausländische Spender entweder unmittelbar an den inländischen Begünstigten übersenden oder sich zur Durchführung seiner Schenkung eines inländischen oder ausländischen Unternehmens bedienen, das sich gelegentlich oder gewerbsmäßig mit dem Vertrieb von Liebesgabensendungen befasst.“ Tatsächlich findet sich in derselben Akte, die diesen Erlass enthält, eine listenmäßige Zusammenstellung von möglichen Sendungen der Fa. Ritzmann's Agenturen in Bern, darunter zum Beispiel eine, die 900 Gramm Gänsebrust und 125 Gramm Schwarztee für 39 Franken enthielt, und eine andere mit 1000 Gramm Huhn in eigener Soße (in der Dose), 125 Gramm Schwarztee, 250 Gramm Mandeln, 3 Stangen Vanille im Glas und 3 Dosen Ölsardinen für 51 Franken. Interessanterweise ist noch Folgendes mit Schreibmaschine auf der Liste vermerkt: „Sehr geehrter Herr. Viele schweizerische Geschäftsfirmen und Private senden durch unsere Vermittlung regelmäßig von diesen Paketen an Bekannte und Geschäftsfreunde. Ohne Zweifel genügt ein Hinweis bei Ihren Bekannten, um ebenfalls mit einem Paket bedacht zu werden.“<sup>98</sup>

Es spricht demnach einiges dafür, dass vor allem auch Unternehmer mit geschäftlichen Verbindungen ins neutrale Ausland, insbesondere wohl in die Schweiz, von Zeit zu Zeit zur Pflege des Kontakts derartige Liebesgabensendungen erhielten. Insgesamt scheint die Nachfrage von Devisenausländern nach solchen Geschenken für ihre Bekannten in Deutschland jedenfalls groß genug gewesen zu sein, dass es für bestimmte Firmen lohnend war, sich auf dieses Geschäftsfeld zu spezialisieren. Abgewickelt wurden Liebesgabensendungen, indem entsprechende Waren in größeren Mengen gegen Devisenzahlung nach Deutschland importiert und dann in Einzelpakete verpackt und versandt oder aus ohnehin in Freihäfen lagernden, gegen freie Devisen erworbenen Beständen entnommen wurden. Da auch in Deutschland anfallende Lagerkosten, Provisionen, Fracht

<sup>96</sup> Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 10, S. 3688; vgl. zur Affäre Nöthling Gruchmann, *Korruption*, S. 581f.

<sup>97</sup> BA, NS 6/702.

<sup>98</sup> Ebenda, Preisliste Nr. 28a, Liebesgabenpakete.

und Verpackungsspesen in Devisen zu begleichen waren, erhöhte sich dadurch sogar noch das Aufkommen an freien Devisen für den deutschen Staat<sup>99</sup>.

Der Stellenwert solcher Sendungen für den Lebensstandard der davon Begünstigten, die nicht deckungsgleich mit der engeren Führungsschicht des Dritten Reichs gewesen sind, ist nicht einzuschätzen. Dass es letzteren ernährungsmäßig generell nicht so schlecht gegangen sein kann, zeigt allerdings der Charakter der versandten Waren, bei denen es sich zum großen Teil offensichtlich nicht um essentielle Produkte, sondern eher um Delikatessen gehandelt hat. Sicher ist wohl auch, dass Arbeiter mangels Kontakten ins neutrale Ausland von solchen „Liebesgaben“ nur äußerst selten profitiert haben können. Ebenso wenig dürften sie als besonders potente Käufer auf dem Schwarzmarkt aufgetreten, noch Gast in Luxusrestaurants oder zu offiziellen Dinern eingeladen gewesen sein<sup>100</sup>. Insgesamt kann wohl mit Recht vermutet werden, dass die rasante einkommensmäßige Besserstellung des am meisten verdienenden einen Prozent der Bevölkerung in den dreißiger Jahren<sup>101</sup> sich während des Krieges im Vergleich zu der immer karger werdenden Lebensführung der Masse des deutschen Volkes in eine entsprechend oder sogar noch stärker abgehobene Versorgungslage transformiert hat.

### Die Versorgung mit gewerblichen Konsumgütern

Neben Quantität und Qualität der verfügbaren Nahrungsmittel beeinflusste natürlich auch die Versorgung mit anderen Konsumgütern die materielle Lebenslage der deutschen Zivilbevölkerung. Damit war es jedoch im Krieg noch wesentlich schlechter als mit der Ernährung bestellt. Das lässt sich bereits an den Umsätzen der Textil-, Leder- und Lederwaren- sowie der Bekleidungsindustrie erkennen, die insgesamt im Vergleich zu 1939 schon 1940/41 etwas gesunken und 1942/43 dann real um rund 13 Prozent zurückgegangen waren. Da zwischen 1939 und 1943 aber die Wehrmachtskäufe solcher Produkte um fast 30 Prozent zugenommen hatten, lagen die preisbereinigten sonstigen Umsätze jener Industrien zusammengenommen 1943 sogar um 20 Prozent unter denen von 1939<sup>102</sup>. Gerade bei Textilien und Kleidung gab es aber schon in der Vorkriegszeit besonders gravierende Engpässe bei privaten Verbrauchern<sup>103</sup>. Diese wurden infolge der erwähnten Umsatzrückgänge demnach noch einmal massiv verschärft, zumal aus der verminderten Produktion neben dem – steigenden – Wehrmachtsbedarf

<sup>99</sup> Ebenda, Reichswirtschaftsministerium, Allgemeiner Erlass Nr. 4/44, 27.1.1944, und ebenda, Vermerk Betrifft: Devisenbewirtschaftung; Versand von Liebesgabenpakete[n] ab Deutschland.

<sup>100</sup> Vgl. d'Almeida, Hakenkreuz und Kaviar, S. 296 f.

<sup>101</sup> Vgl. Fabien Dell, Top Incomes in Germany and Switzerland Over the Twentieth Century, in: *Journal of the European Economic Association* 3 (2005), S. 415–417.

<sup>102</sup> NARA, RG 243, Entry 6, European Survey, Published Reports, Box No. 12, 134: USSBS, Industrial Sales, Output, and Productivity. Prewar Area of Germany 1939–1944, Special Paper No. 8, S. 47 u. S. 56.

<sup>103</sup> Vgl. Gerd Höschle, Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität, Stuttgart 2004, S. 152–162.

weiterhin auch die Nachfrage von anderen öffentlichen und Parteidienststellen, etwa der Organisation Todt, der Polizei, SS, SA und des Arbeitsdienstes, bedient werden musste.

Gemäß einem vom Planungsamt des Rüstungsministeriums im Sommer 1944 fertiggestellten Bericht verringerten sich die Einzelhandelsumsätze insgesamt zwischen 1939 und 1943 preisbereinigt um rund ein Fünftel<sup>104</sup>. Gleichzeitig stieg aber der Bedarf an Kleidung und Haushaltswaren aller Art infolge des Bombenkriegs und der mit der Zerstörung von Wohnraum und Geschäften einhergehenden Vernichtung von derartigen langlebigen Verbrauchsgütern<sup>105</sup>. Beides zusammen machte es vor allem in der zweiten Kriegshälfte einem normalen Arbeitnehmerhaushalt nahezu unmöglich, solche Produkte noch zu erhalten. Das kann gut an der Ausgestaltung des Bewirtschaftungssystems demonstriert werden.

Ab November 1939 wurde Kleidung mit Hilfe von Kleiderkarten bewirtschaftet. Im Prinzip waren danach die Abstände zwischen der Ausgabe der verschiedenen Reichskleiderkarten, deren Gesamtpunktwerte und die beim Kauf einzelner Kleidungsstücke abzugebende Anzahl von Punkten für die Versorgungslage entscheidend. Dabei waren die Kleiderkarten von ihrer Ausgestaltung her im Allgemeinen nur für eine Person bestimmt, ein Familienausgleich war also bei weitem nicht in dem Maße wie bei den Lebensmittelrationen machbar<sup>106</sup>. Zudem war es trotz Bewirtschaftung offenbar sehr häufig nicht möglich, die eigentlich benötigten Arten, Größen oder Qualitäten von Kleidung zu erhalten<sup>107</sup>. Insgesamt sind im Verlauf des Kriegs fünf Reichskleiderkarten ausgegeben worden, und zwar die erste mit einer Laufzeit ab 29. November 1939, ab 5. September 1940 die zweite, die dritte ab 30. Oktober 1941, ab 4. Januar 1943 die vierte und eine letzte ab 18. September 1944. Dabei überlappte sich die Gültigkeitsdauer der verschiedenen Karten. Allerdings gab es die fünfte Kleiderkarte nur noch für Kinder und Jugendliche, Erwachsene erhielten sie nicht. Ja, auch die dritte und vierte Reichskleiderkarte wurden im August 1943 für Erwachsene außer Kraft gesetzt, um neben der Deckung des Bedarfs an Berufskleidung vor allem die Fliegergeschädigten mit einer Mindestmenge an Kleidung und Wäsche ausstatten zu können<sup>108</sup>, wobei selbst das etwa in Köln ab April 1944 offenbar nicht immer gewährleistet werden konnte<sup>109</sup>.

Ab Sommer 1943 gab es demnach, jedenfalls im Normalfall, für Erwachsene überhaupt keine Kleidung zur privaten Nutzung mehr zu kaufen. Aber schon zuvor waren, abgesehen von den erwähnten spontanen Mangellagen, die praktisch permanent auftraten, die den Verbrauchern offiziell zugestandenen Mengen

<sup>104</sup> Vgl. Scherner, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage, S. 538; Overy, Blitzkriegswirtschaft, S. 296.

<sup>105</sup> Vgl. Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin ³1955, S. 49f.; Schmitz, Bewirtschaftung, S. 506–510 u. S. 528f.

<sup>106</sup> Vgl., auch zum Folgenden, Schmitz, Bewirtschaftung, S. 183–190 u. S. 503–511.

<sup>107</sup> Siehe hierzu auch Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 5, S. 1773, Bd. 7, S. 2254f., Bd. 8, S. 2766, und Bd. 11, S. 4297f.

<sup>108</sup> Vgl. ebenda, Bd. 14, S. 5695; Scherner, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage, S. 538.

<sup>109</sup> Vgl. Wiggen-Jux, Versorgung der Kölner Zivilbevölkerung, S. 106.

an neuer Kleidung geringer geworden. Die ersten beiden Reichskleiderkarten teilten für die Zeit bis zur Ausgabe der jeweils nächsten Karte Erwachsenen im Schnitt pro Monat noch etwa elf Punkte zu. Auch das war schon wenig im Hinblick darauf, dass zum Beispiel für ein Kleid 42, eine Strickweste 28, ein Oberhemd 24 und für eine Bluse 20 Punkte abzugeben waren und selbst ein Paar Männersocken 6 Punkte „kostete“. Zwei Erwachsene konnten bei diesen Punktwerten mit der ersten und zweiten Kleiderkarte in einem halben Jahr zusammen also maximal ein Kleid, eine Strickweste, eine Bluse, ein Hemd und drei Paar Herrensocken erwerben. 1937 dagegen, als noch Geld allein zum Kauf von Kleidung ausreichte, kosteten die gleichen Artikel insgesamt zwischen 22 und 34 RM; gemäß den Wirtschaftsrechnungen aus jenem Jahr wurden in einem durchschnittlichen Arbeiterhaushalt damals jedoch in sechs Monaten 40 RM für Erwachsenen-Oberbekleidung ausgegeben<sup>110</sup>.

Bei der dritten Reichskleiderkarte sank die monatlich im Mittel vorgesehene Punktzahl bei generell nur geringfügig veränderten Punktwerten einzelner Kleidungsstücke dann sogar auf  $8\frac{1}{2}$  und bei der vierten auf nur noch fünf Abschnitte ab. Noch dazu war in beiden Fällen ein Teil der Punkte nur nach Aufruf gültig, was sofort den Verdacht weckte, dass ein solcher niemals erfolgen werde. Außerdem wurden jeweils weitere Produkte, etwa Gummizeug, Nähzeug und Kurzwaren, in die Bewirtschaftung einbezogen, bei deren Einkauf jetzt ebenfalls Punkte abzugeben waren<sup>111</sup>. Insgesamt wird sehr deutlich, wie ungenügend die Versorgung des Normalverbrauchers mit Kleidung und Textilien spätestens ab Herbst 1941 war. Auch bei Kleidung und Textilien wurde obendrein die Qualität noch schlechter, was schon daraus ersichtlich ist, dass die rund 930.000 Tonnen Textilrohstoffe, die etwa 1943 in Deutschland verarbeitet worden sind, zu mehr als 20 Prozent aus Spinnpapier bestanden<sup>112</sup>.

Die Lage bei Schuhwerk war von Anfang des Krieges an noch schwieriger als bei textiler Kleidung, was wohl der Grund dafür war, dass es hier auch nach November 1939 bei der fallweisen Erteilung von Schuhbezugsscheinen für nachgewiesenen dringenden Bedarf blieb; ein solcher wurde jedoch bei zwei Paar gebrauchsfähigen Straßenschuhen pro Person keinesfalls als gegeben angesehen<sup>113</sup>. Falls jedoch ein Schuhbezugsschein ausgestellt worden war, musste in den meisten Fällen, außer bei Arbeitsschuhen, beim Kauf des entsprechenden Schuhwerks bald zusätzlich noch eine bestimmte Anzahl an Kleiderkarten-Punkten hingegeben werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es bereits in den ersten Wochen und Monaten des Krieges zahlreiche Klagen über eine unzureichende Versorgung mit Schuhen gab, zumal offenbar sogar Schuhreparaturen nicht oder nur stark verzögert vorgenommen werden konnten, da es den Schustern an Leder

<sup>110</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59 (1941/42), S. 380; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaftsrechnungen 1937, S. 14.

<sup>111</sup> Vgl. Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 8, S. 2938, und Bd. 12, S. 4520 f. u. S. 4778.

<sup>112</sup> Vgl. Wagenführ, Industrie, S. 50.

<sup>113</sup> Siehe für den ganzen Absatz Schmitz, Bewirtschaftung, S. 191–194 u. S. 525–529.

und sonstigen Materialien mangelte<sup>114</sup>. Im Verlauf des Krieges wurde das Bezugssystem zudem nach den unterschiedlichsten Arten von Schuhwerk, nicht zuletzt auch solchen mit Holzsohle oder gar Galoschen ganz aus Holz, immer weiter ausdifferenziert, in der Hoffnung, auf diese Weise wenigstens den dringenden Bedarf an bestimmten Schuhsorten befriedigen zu können. Im Übrigen galt für Schuhe wie auch für Möbel und Hausrat, die ja seit Anfang 1943 nach und nach ebenfalls in die Bewirtschaftung einbezogen wurden, dass sie in der zweiten Kriegshälfte bevorzugt Bombenkriegsopfern zugeteilt worden sind, für den normalen Bedarf der sonstigen Zivilbevölkerung also fast nichts mehr zur Verfügung stand<sup>115</sup>.

### Zusammenfassung

Insgesamt dürfte deutlich geworden sein, dass der materielle Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung schon am Anfang des Krieges in mancherlei Hinsicht unter den der unmittelbaren Vorkriegszeit gedrückt wurde, obwohl dieser noch immer niedriger als am Ende der 1920er Jahre war. Das galt ebenfalls für die Ernährungslage, wenn auch, vor allem bei Arbeiterfamilien, zunächst nur in vergleichsweise geringem Umfang. Dagegen verschärfte sich der Mangel an Kleidung und Schuhwerk sofort massiv. Von Kriegsbeginn an musste sich die Masse der Konsumenten, entgegen der Auffassung von Alan Milward, durchaus spürbar einschränken. Ab Herbst 1941 verminderten sich dann die Möglichkeiten, Kleidung zu erwerben, noch einmal rapide, und seit etwa Mitte 1943 konnte man im Normalfall keine Kleidung und auch keine sonstigen Gebrauchsgüter mehr kaufen. Im Frühjahr 1942 wurden die Rationen wichtiger Lebensmittel massiv gekürzt, sodass selbst in Arbeiterhaushalten, die ja häufig über Nahrungszulagen verfügen konnten, beispielsweise der Fleischkonsum auf nur noch etwa zwei Drittel des Vorkriegsstands sank. Ab der Jahreswende 1943/44 verschlechterte sich die Ernährungssituation dann schließlich relativ kontinuierlich weiter. Alles in allem wurde die Gesamtversorgung der deutschen Zivilbevölkerung mit zunehmender Dauer des Kriegs immer dürftiger. Eine Unterscheidung zwischen einer ersten Phase bis 1941/42 mit weiterhin beinahe friedensmäßiger Versorgung und einer zweiten danach, in der infolge der Totalisierung des Kriegs den Konsumenten massive Einschnitte zugemutet worden sind, verzerrt daher die tatsächliche historische Entwicklung.

Bemerkenswert ist, dass Familien mit kleineren Kindern bei der Nahrungsmittelversorgung gegenüber kinderlosen Erwachsenen ausgesprochen begünstigt waren. Das war eine Folge der teilweise weit über den eigentlichen Bedarf hinausgehenden Zuteilung von Lebensmitteln an Kinder, die im Wege des innerfamiliären Ausgleichs dann anderen Haushaltsmitgliedern zugute kamen. Infolgedessen

<sup>114</sup> Vgl. Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 2, S. 378 (Bericht vom 20. 10. 39), S. 426 (Bericht vom 6. 11. 1939), Bd. 3, S. 660f. (Bericht vom 17. 1. 1940), Bd. 4, S. 1147 (Bericht vom 16. 5. 1940), und Bd. 5, S. 1618 (Bericht vom 26. 9. 1940).

<sup>115</sup> Vgl. Scherner, *Bericht zur deutschen Wirtschaftslage*, S. 529–531 u. S. 538.

wurde zumindest der Kalorienbedarf aller Angehörigen solcher Familien fast bis zum Ende des Krieges annähernd gedeckt, wobei sich die Zusammensetzung der Nahrung natürlich auch in diesem Fall enorm verschlechterte. Noch besser als städtische Familien mit Kindern konnten sich bäuerliche Haushalte verpflegen, da sie als Selbstversorger auch offiziell über sehr hohe Nahrungsmittel-Deputate verfügten. Dagegen war die Ernährungslage bei städtischen Verbrauchern ohne Kinder am ungünstigsten, selbst wenn diese nicht körperlich arbeiteten. Am komfortabelsten lebte allerdings eine Oberschicht von Unternehmern und Angehörigen der Staats- und Partielite, die über genügend Geld für ausgiebige Schwarzmarktkäufe und über wertvolle persönliche Beziehungen verfügte. Allenfalls bei ihr kann man demnach von „Wohlleben“ (Götz Aly) sprechen. Demnach ist auch klar, dass der Krieg nicht alle Unterschiede im Lebensstandard sozialer Gruppen eingeebnet hat. Vielmehr hat er nicht nur die herausgehobene Stellung der Führungsschicht des Dritten Reichs zementiert, sondern auch neue, teilweise unerwartete Trennlinien geschaffen, die völlig anders verliefen als im Frieden.